LEBEN UND LEBEN LASSEN

WAHLPROGRAMM DER

FREIEN DEMOKRATEN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Freie Demokraten
Friedrichshain-Kreuzberg FDP

LEBEN UND LEBEN LASSEN

WAHLPROGRAMM DER

FREIEN DEMOKRATEN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Freie Demokraten
Friedrichshain-Kreuzberg FDP

Bezirks-Wahlprogramm der FDP Friedrichshain-Kreuzberg 2021

Bezirksvorsitzende Diana Flemmig

FDP Friedrichshain-Kreuzberg
% FDP Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

Telefon: 030-278959-0 (Landesverband)
Telefax: 030-278959-17 (Landesverband)
E-Mail: kontakt@fdp-fk.de

Am 12. Februar kommt es auf jede Stimme an. Damit wir die maximale Stimmausbeute holen können, bitten wir Dich herzlich um eine finanzielle Unterstützung unseres Wahlkampfs.

Spende einen Betrag Deiner Wahl an:

FDP Friedrichshain-Kreuzberg,
Berliner Volksbank
IBAN: DE14 1009 0000 5466 5250 91
BIC: BEVODEBB

Alle Informationen zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden und die Möglichkeit zur Spende via Paypal, Kreditkarte und Lastschrift findest du auf www.fdp.de/spenden. Für Deine Spende an uns klick' "weitere Angaben" und wähl' anschließend "Bezirksverband" und "Friedrichshain-Kreuzberg" aus.

LEBEN UND LEBEN LASSEN

WAHLPROGRAMM DER

FREIEN DEMOKRATEN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Freie Demokraten
Friedrichshain-Kreuzberg FDP

Präambel 1

"Leben und leben lassen" - Liberale Ordnungs- und Sicherheitspolitik in Friedrichshain-Kreuzberg 1

Du kannst alles werden - Beste Bildung für Friedrichshain-Kreuzberg 5

Bildung für alle - von Anfang an 5

Ein Bezirk für Azubis und Studierende! 7

Raus aus der Kreidezeit - Digitalisierung nicht verschlafen 8

Open for Business! Friedrichshain-Kreuzberg muss Heimat der Visionäre bleiben 8

Ein neuer Politikstil, der Unternehmertum als Chance begreift 9

Bürokratieabbau und leistungsfähige Verwaltung 9

Gewerbemieten 10

Tourismus, Kreativ- und Gastronomiebranche 10

Green Economy 11

Investitionen in alle Bürger:innen – für neue Prioritäten in der Haushaltspolitik 12

Digitalisierung in und von Friedrichshain-Kreuzberg 14

Kommunale Verwaltung - bürgernah, digital und im 21. Jahrhundert angekommen. 14

Digitalisierung in städtischen Gebäuden gemeinsam erlebbar machen 15

Smart City 15

Wer schneller baut, wohnt früher schön 17

Wohnraum für alle Einkommensklassen – soziale Mischung erhalten 18

Bau- und Planungsprozesse entbürokratisieren 19

Barrierefreiheit im Kiez - Mobilität für alle zugänglich machen 20

Radverkehr 21

Mobilität und ÖPNV 23

Sozialpolitik - Politik der Chancen statt Krisenpolitik 26

Gesundheit 28

Präambel

Wir Freien Demokraten wollen Friedrichshain-Kreuzberg mit innovativen und digitalen Ansätzen modernisieren. Darum wollen wir unsere Schulen, Kitas und Spielplätze so ausstatten, dass alle Kinder in Friedrichshain-Kreuzberg unbeschwert aufwachsen können und Zugang zu bester Bildung haben. Unsere Straßen, Plätze und U-Bahnhöfe sollen gepflegt, sicher und für alle Menschen attraktiv werden. Zusammen mit smarter und generationengerechter Wohnungs- und Wirtschaftspolitik möchten wir unseren in den letzten Jahren unter seinen Möglichkeiten gebliebenen Bezirk lebenswerter machen. Wir wollen klare Regeln und kein bürokratisches Klein- Klein für Läden, Restaurants, Clubs und andere Unternehmen, und um zusätzlichen Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Friedrichshain-Kreuzberg lebt von einem liberalen, weltoffenen, toleranten und freiheitlichen Miteinander. In unserem Bezirk leben Menschen aus vielen Ländern, mit unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Meinung und Herkunft in verschiedensten Lebensmodellen neben- und miteinander. Toleranz und Akzeptanz gegenüber jedem und jeder Einzelnen sind ein besonders hohes Gut.

“Leben und leben lassen” - Liberale Ordnungs- und Sicherheitspolitik in Friedrichshain-Kreuzberg

Die Freiheit des Einzelnen endet erst dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu dem Grundsatz der Freiheit der Meinungen und Lebensweisen. Wir stehen aber auch zum zweiten Teil des Grundsatzes: Bei aller Toleranz und Akzeptanz muss immer gewährleistet sein, dass dabei die Rechte anderer nicht verletzt werden. Wir wollen, dass sich alle Bürger:innen in unserem Bezirk wohl und akzeptiert fühlen. Wir wollen ein friedliches Miteinander und keine rechtsfreien Räume, in denen einzelne ihre Interessen durch Straftaten durchsetzen und über das Wohlbefinden anderer stellen. Insbesondere wollen wir, dass sich jede:r Bürger:in wohl fühlt und zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Verunsicherung das Haus verlassen und durch den Kiez ziehen kann.

Ein lebenswerter öffentlicher Raum für ein friedliches Miteinander

Friedrichshain-Kreuzberg hat ein grundsätzliches Sauberkeitsproblem – in den Straßen, auf den Plätzen und in den Parks. Illegale, egoistische Müllablagerungen, „Schmuddelecken“, Vandalismus und ungepflegte Pflanzenbestände haben negative Auswirkungen auf das individuelle Sicherheitsempfinden, ziehen gesundheitliche Folgen nach sich (Rattenplagen) und sind keine gute Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Gesellschaft. Gerade als stark verdichteter Bezirk ist eine saubere, nicht verwahrloste Umwelt Pflicht, um den öffentlichen Raum als wahren Frei- und Erholungsraum zu erhalten, in dem sich jede:r gerne aufhält.

Konsequente Ahndung

Die illegale Ablagerung von Müll nimmt in Bezirk wie in der gesamten Stadt zu. Sie kann je nach Art des Abfalls auch Schadstoffe an die Umwelt abgeben. Parolen und Name-Tags verschmieren Wände. Gedenk- und Hinweistafeln, Parkbänke, Spielgeräte auf Spielplätzen, Wartehäuschen und Parkautomaten sind regelmäßig von Vandalismus betroffen. Fäkalien und Drogenbesteck verschmutzen die Parks und Spielplätze. Wir dulden das egoistische und unsoziale Verhalten einiger weniger nicht. Kontrollen müssen ausgeweitet und Strafen konsequent verhängt werden.

Höhere Reinigungsfrequenz

Wir setzen uns für eine höhere Reinigungsfrequenz in öffentlichen Räumen und Parks ein. Nur die konsequente Sauber- und Instandhaltung von Straßen, Plätzen und Parks verhindert eine beständige Neuentwicklung von „Schmuddelecken“, die von Bezirk und Ämtern aufgegeben und kaum noch genutzt erscheinen. Bildlich gesprochen: Wird eine zerbrochene Fensterscheibe nicht schnell repariert, sind im Haus bald alle Scheiben zerbrochen. Das gilt es zu verhindern.

Fokus auf Spielplätze und Kitas

Immer häufiger werden auf Kinderspielplätzen Drogenbestecke, Fäkalien und anderer Müll hinterlassen. Dies macht die Plätze, an denen Kinder aufwachsen, nicht nur wenig einladend zum Spielen, sondern stellt ein massives Gesundheitsproblem dar, das wir nicht tolerieren. Wir fordern daher bezüglich Reinigung und Kontrollgängen einen Fokus auf Spielplätze sowie insgesamt auf die Umgebung von Kindertagesstätten.

Eine Nachtwache für Friedrichshain-Kreuzberg!

Müllablagerungen, Vandalismus, das nachlässige Hantieren mit Glasflaschen, „Wildpinkeln“ – all das findet bislang recht unbehelligt im Schutze der Nacht statt. Deshalb setzen wir uns für die Einsetzung einer auskömmlich vergüteten Nachtschicht im Ordnungsamt ein, um diese Phänomene konsequent zu erschweren. Dafür wollen wir das

Rahmenarbeitszeitgesetz ändern. Ein:e Nachtbürgermeister:in soll sich um die Koordinierung der Kräfte kümmern sowie als Ansprechpartner:in für speziell in der Nacht auftretende Probleme fungieren (etwa Lärmbelästigungen).

24/7: Ordnungsamt ohne Öffnungszeiten!

Ruhestörung, Vandalismus, Parksünder:innen – der Bezirk kämpft an vielen Fronten. Und meistens kommen die Verursacher:innen im Schutz der Nacht oder an Sonn- und Feiertagen unbehelligt davon. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern mindert die Lebensqualität von Anwohner:innen enorm. Unsere Lösung ist daher ein Ordnungsamt ohne Öffnungszeiten – Ordnung ist immer. Die Polizei macht schließlich auch nicht Feierabend. Für die Änderung der Arbeitszeitverordnung und die entsprechende Ausstattung mit Personal werden wir uns einsetzen.

Dezentrale Ordnungsamtbüros: Offen und serviceorientiert

Wir wollen den Bürger:innen wieder Vertrauen in unsere Ordnungskräfte geben. Neben der weiteren Nutzung der Ordnungsamt-App wollen wir deshalb dezentral verteilte Ordnungsamtbüros einrichten, die neben der App als erste Anlaufstelle für Beschwerden dient. Sie geben den Bürger:innen durch ihre offene und serviceorientierte Ausrichtung (ähnlich zu einem Bürgerbüro) endlich wieder das Gefühl, ernstgenommen zu werden. Jede gerechtfertigte Beschwerde muss angenommen und unverzüglich behoben werden. Für die entsprechende Ausstattung mit Personal und Schulung werden wir uns einsetzen.

Mehr Power im Ordnungsamt

Wir wollen das Ordnungsamt im Außendienst personell besser ausstatten und den Fokus auf Sauberkeit im öffentlichen Raum legen. Mit einer verstärkten Präsenz des Ordnungsamtes auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Parks soll der illegalen Müllablagerung und der Verschmutzung des Bezirks sowie Vandalismus und Schmierereien der Kampf angesagt werden. Dazu wollen wir beispielsweise Stellen im Bezirksamt aus dem Bereich „Vorkaufsrecht“ in den Bereich Ordnungsamt umschichten.

Das ist auch Kunst – für legale Graffiti-Wände

Unser Bezirk lebt von seinen zahlreichen und künstlerischen Gemälden und Graffitis auf Gebäudewänden – im Gegensatz zu Name-Tags, Parolen und anderen Schmierereien. Wir fordern deshalb, mehr legale Graffiti-Wände im Bezirk einzurichten. Sie können in Parks errichtet oder an bezirks- und landeseigenen Gebäuden ausgewiesen werden. Wenn der schuleigene Wunsch besteht, können sie auch an einzelnen Schulen für deren Schüler:innen eingerichtet werden. Im Zuge von Neubauvorhaben sollten diesbezüglich auch Kooperationen mit privaten Eigentümer:innen eingegangen werden. Schmierereien und Parolen sollen im Gegenzug stärker geahndet werden.

Mülleimer: größer, intelligenter, vernetzter I

Überfüllte Mülleimer sollen nicht länger zum Straßenbild gehören. Müll gehört in den Eimer, nicht daneben. Wir fordern daher eine höhere Frequenz bei der Leerung. Außerdem sollen mehr und größere Abfallbehälter an stark belasteten Stellen aufgestellt werden. Zusätzlich machen wir uns stark für „Smarte Mülleimer“, die ab einem bestimmten Füllstand (z. B. 80 Prozent) eine Meldung an die Abfallentsorgung absetzen.

Mülleimer: größer, intelligenter, vernetzter II

Und wenn auch der größte Abfallbehälter einmal voll sein sollte: Wir wollen, dass Bürger:innen konkrete Problemorte noch unkomplizierter direkt melden können. So können zum Beispiel QR- Codes an den Mülleimern angebracht werden. Damit kann der Meldevorgang in der App „Ordnungsamt Online“ noch einfacher und nutzungsfreundlicher gestaltet werden. Voraussetzung ist dabei die schnelle Bearbeitung der Meldungen über „Ordnungsamt Online“.

Müll-Roboter für Friedrichshain-Kreuzberger Parks

Zur Erleichterung der Parkreinigung fordern wir die Anschaffung von Müll-Robotern. Diese wurden von einem Münchner Start-Up entwickelt und sollen 2022 die Marktreife erreichen. Der Müllroboter befreit Wiesen von Mikromüll, wie bspw. Kronenkorken, Zigaretten oder Glasscherben. In einer Testphase könnten die Müll-Roboter im Görlitzer Park, am Mariannenplatz oder am Blücherplatz eingesetzt werden.

Sperrmüllpartys für Nachhaltigkeit

Um der illegalen Entsorgung von (Sperr-)Müll im Straßenland entgegenzuwirken, wollen wir “Sperrmüllpartys” im Bezirk testen. Diese Veranstaltungen sollen – ähnlich wie Flohmärkte – in den Kiezen zu festen Tagen im Jahr stattfinden und bürgerschaftlich organisiert sein. Die Aufgabe des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg besteht darin, die entsprechenden Flächen zu den bestimmten Tagen zur Verfügung stellen und in der Nachbarschaft bekannt machen.

Recycling alltagstauglicher machen

Wir fordern an das moderne Arbeitsleben angepasste Öffnungszeiten von Recyclinghöfen sowie die Ausweitung des Abholservice gebührenfrei einmal im Jahr pro Haushalt. Aktuell schließen die Höfe wochentags am frühen Abend und haben samstags nur einen halben Tag geöffnet, hier bilden sich lange Schlangen. Das Sammeln von Rohstoffen und Sperrmüll muss einfacher und bequemer gestaltet werden, um das illegale Ablagern im öffentlichen Straßenland einzudämmen.

Befriedung konfliktbehafteter Gebiete: Gegen Kriminalität, Extremismus und Drogenhandel

In unserem Bezirk gibt es momentan viele konfliktbehaftete und kriminalitätsbelastete Orte. Zu nennen sind hier Kriminalität und Drogenhandel beispielsweise am Kottbusser Tor, Görlitzer Park oder RAW-Gelände, links- und rechtsextremistische Gewaltausbrüche gegen Menschen und fremdes Eigentum oder die Besetzung öffentlicher und privater Räume zur Durchsetzung politischer Ziele. Wir Freie Demokraten in Friedrichshain-Kreuzberg dulden dies weder an den genannten Orten noch an anderen Stellen.

Gewalt- und Straftäter:innen zur Rechenschaft ziehen

Ein Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass rechtsfreie Räume entstehen, die seinen Charakter als rahmengebendes und die Freiheit der Bürger:innen schützendes Organ konterkarieren. Gewalt- und Straftaten müssen unmittelbar aufgeklärt werden, die Täter:innen müssen verurteilt und bestraft werden. Die Akzeptanz unserer Rechtsordnung ist nicht verhandelbar.

Mehr Polizeipräsenz gegen Angsträume

Das Gewaltmonopol übt die Polizei aus. Sie ist dabei Partnerin und nicht Gegnerin der Bevölkerung. Eine gute Kommunikation und Zusammenarbeit sind zwingend notwendig, um die Probleme im Bezirk zu lösen. Wir setzen uns für eine Ausweitung der polizeilichen Fußstreife um Brennpunkte herum, den Einsatz von mobilen Polizeiwachen und somit für mehr Polizeipräsenz ein. Dies sorgt lokal für mehr Sicherheit vor Raubüberfällen und Taschendiebstahl und dämpft das Problem des Vandalismus.

Keine Toleranz von Linksextremismus

Rechtsextreme Straftaten sind in unserem Bezirk zum Glück selten und werden, wenn doch geschehen, von uns entschieden abgelehnt. Die Tolerierung von linksextremen und extremistischen Gewaltausbrüchen wie z.B. in der Rigaer Straße durch politische Akteure, insbesondere durch das Bezirksamt, lehnen wir allerdings ebenso strikt ab und fordern eine klare und deutliche Distanzierung. Die praktizierte semi-offizielle Akzeptanz systematischer Rechtsbrüche wirkt extrem kontraproduktiv. Wir stehen zu dem Grundsatz, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegen muss.

Prävention als langfristige Strategie

Wir fordern eine ursachenorientierte Kriminalprävention bei der Bekämpfung des militanten Linksextremismus. Dazu gehört, Ausstiegsprogramme entsprechend neu aufzusetzen und landesspezifisch auszurichten. Ein Erfolgsfaktor für Prävention ist nicht nur eine gute Vernetzung mit Akteur:innen der Justiz, der Polizei und bezirklich organisierter, bürgerschaftlicher Initiativen, sondern auch Pragmatismus und proaktives Handeln.

Opferschutz nicht vergessen!

Bürger:innen in Friedrichshain-Kreuzberg werden aus dem linksextremistischen Milieu bedroht, es werden Stahlkugeln in Wohnungen geschossen und Morddrohungen auf Hauswänden hinterlassen, Menschen verprügelt. Damit soll niemand allein gelassen werden. Wir fordern einen kiezspezifischen Opferschutz; betroffenen Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, über belastende Situationen und Gewalterfahrungen aus Opfersicht berichten zu können. Dazu wollen wir Ansprechpartner:innen benennen.

Ein Platz für alle

Die Ecke Rigaer Straße/Liebigstraße wird von Linksautonomen als ihr „Dorfplatz“ in Anspruch genommen. Der Ort ist jedoch kein privater Spielplatz, sondern ein öffentlicher Raum, der niemandem exklusiv gehört. Wir wollen an der Kreuzung einen niedrigschwelligen Wochenmarkt einrichten, um den Platz für alle zu öffnen und Ängste abzubauen. Wir wollen den Raum beleben und wieder zu einem Anziehungspunkt für alle Friedrichshain-Kreuzberger:innen machen. Er soll für Lebendigkeit und Toleranz stehen, nicht für eine geschlossene, linksextreme Gruppe. Zusätzlich begrüßen wir ein jährliches Anwohnerfest in der Rigaer Straße.

Bessere Beleuchtung an Hotspots im Bezirk

Wir Freie Demokraten fordern eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung in Straßen und

Plätzen mit Kriminalitäts- und Drogenbelastung. In großen Teilen des Bezirks sind die Straßen unangenehm dunkel. Dies macht einen Aufenthalt oft unangenehm und lädt zu unerwünschten Aktivitäten ein – von Wildpinkeln, Drogenhandel und -konsum bis hin zu Raub und körperlichen Angriffen. Das Lichtniveau ist vielerorts zu niedrig; deswegen schlagen wir vor, auf bestimmten Straßenzügen die Zahl der Laternen zu vergrößern, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern. In der Revaler Straße haben zusätzliche Laternen bereits einen positiven Effekt bewirkt. Diesen wünschen wir uns auch für andere Abschnitte, insbesondere im Wrangelkiez und nördlich der Revaler Straße.

Einsatz von mobilen Fixerstuben

Das derzeitige Angebot an Fixerstuben reicht bei Weitem nicht aus. Der Drogenkonsum geht von U-Bahnstationen bis zu Kinderspielplätzen, wo hinterlassene Spritzen die Nutzung gefährlich machen und nicht zu verantworten sind. Darüber hinaus führt das Teilen und mehrfache Benutzen von verunreinigtem Drogenbesteck zur Verbreitung von HIV, Hepatitis und weiteren drogenassoziierten Erkrankungen. Wir Freie Demokraten fordern daher die Anschaffung und den Einsatz von mobilen Fixerstuben in Friedrichshain-Kreuzberg. In diesen Stuben soll neben hygienischen Konsumplätzen und Utensilien auch Pflege- und Präventionsberatung angeboten werden. Durch den mobilen Charakter kann jede Fixerstube mehrere Orte bedienen und damit möglichst viele Betroffene erreichen. Das langfristige Ziel ist, dass Betroffene vermehrt einen Weg aus dem Drogenmilieu schaffen können.

Legalisierung von Marihuana

Die Legalisierung von Marihuana-Produkten ist längst überfällig. Wir Freie Demokraten fordern die endgültige Legalisierung, Regulierung und Besteuerung. Genauso wie beim Konsum von Alkohol oder Zigaretten sollen erwachsene Menschen selbst entscheiden können, ob man solche Produkte verwenden möchte oder nicht. In Berlin verursacht der Drogenhandel Unbehagen und stärkt kriminelle Strukturen. Mit einer Legalisierung verlieren diese sogenannten Clans eine wichtige Einnahmequelle. Damit ermöglichen wir es der Polizei, sich auf andere Verbrechen zu fokussieren.

Du kannst alles werden - Beste Bildung für Friedrichshain-Kreuzberg

Jeder Mensch soll frei sein. Um diese Freiheit eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben, ist Bildung der Schlüssel: Nur so kann Chancengerechtigkeit entstehen. Was für ganz

Deutschland gilt, gilt auch für unseren Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Weil Bildung Chancen ermöglicht und das Fundament für ein erfolgreiches Leben von Kindern ist, ist Bildung eine der wichtigsten Kernaufgaben des Staates. Bildung wird heute in Berlin nur halbherzig betrieben. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass alle von Bildung reden, es jedoch niemand ernst meint. Wir brauchen eine echte Bildungsoffensive, die ihren Namen auch verdient.

Bildung für alle - von Anfang an

Betreuungsschlüssel verbessern

Sparen dürfen wir weder am Personal noch an der Ausstattung – kurzum: an der Qualität der Kitas. Der Betreuungsschlüssel in Berlin muss deshalb schrittweise verbessern werden, denn die Bundeshauptstadt bildete schonmal das Schlusslicht der Bundesländer in der Betreuungsstatistik der unter Dreijährigen. Auf sieben Kinder kommt jeweils nur eine Betreuungsperson. In Baden- Württemberg hingegen steht das Verhältnis bei drei zu eins. Das muss auch für Berlin unbedingtes Ziel sein. Wir sehen hier eine angemessene Bezahlung als erste Stellschraube eines weitaus komplexeren Vorgangs.

Online-Vergabe-System für Kitaplätze schaffen - Bürokratie digitalisieren

Die Kitaplatzvergabe muss effizienter organisiert werden: Das gängige Wohnortprinzip bei der Vergabe wird den Bedürfnissen der Eltern und Kinder oftmals nicht gerecht. Schließlich kann auch die Nähe zum Arbeitsplatz entscheidend für die Wahl der Kita sein. Die Vergabe über Wartelisten ist ineffizient und ungerecht. Die FDP fordert deshalb die Einführung eines berlinweiten Online- Vergabe-Systems mit der Möglichkeit der Präferenzangabe. Solange die Zahl der Kita-Plätze noch unzureichend ist, sollen Kinder von Eltern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, vorrangig berücksichtigt werden. Wir haben bereits jetzt zu wenige Kita-Plätze in Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin. Der Bedarfsatlas 2020 zeigt, dass diese Situation seit Jahren besteht und sich ständig verschlimmert.

Freiheit, die Schule macht!

Freiheit, Eigenverantwortung und mehr Kompetenzen vor Ort, das sind die Schlagwörter für eine gute und liberale Schulpolitik im Jahre 2022. In den letzten Jahren fielen die Berliner Schulen häufig mit Negativschlagzeilen auf. Von maroden Toiletten bis hin zu Investitionsmitteln, die der Senat zur Schulsanierung bereitstellt, der Bezirk aber nicht abruft, ist alles dabei. Wir wollen die Schlagzeilen ändern - und dabei unsere Schulen zu den besten in Deutschland und der Welt machen!

Willkommensklassen einführen - Mitbürger:innen integrieren

Integration ist unser Schlüssel für den Aufstieg. Wir müssen deswegen hierbei unbürokratisch gemeinsam mit den Schulen handeln, um Willkommensklassen einzuführen und die Schüler:innen schnellstmöglich in Regelklassen zu integrieren. Die Schulpflicht gilt selbstverständlich auch für geflüchtete Kinder. Die Realität in Berlin steht dem leider diametral entgegen. Denn viele Geflüchtete kommen nach Berlin – gerade jetzt müssen wir in Sachen Bildung noch engagierter durchstarten! Integration ist eine der wichtigsten Investitionen in unsere Zukunft.

Investitionsstau auflösen - mehr Kompetenzen für Schulleiter:innen

Dafür wollen wir Prozesse initiieren, die es den Schulen ermöglichen, diese Mittel unbürokratisch selbst zu verwalten und anzuwenden. Damit geht die Stärkung der Kompetenz der einzelnen Schulen sowie deren Schulleiter:innen einher. Denn wir trauen den Schulleiter:innen zu, selbst zu entscheiden, welche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden

müssen. In Berlin sind jedoch die Bezirke mit ihren Schulämtern für die Erhaltung der Schulen zuständig. Wir akzeptieren nicht, dass Investitions- und Sanierungsmittel des Senates nicht abgerufen werden, weil der Bezirk sich wahlweise auf zu wenig Personal oder die mangelnde Selbstverwaltungskompetenz der Schulen beruft.

Klare Zuständigkeiten in der Bildung festlegen

Wir fordern mittelfristig die Neugestaltung der Zuständigkeiten, insbesondere im Bereich des Gebäudemanagements, nach dem Vorbild von Hamburg. Dem Land soll dabei die Verantwortung der Schulen vollumfänglich, mindestens aber der Schulgebäude, übertragen werden. Wir brauchen ein Land, das die Standards und Ziele für Bildung definiert, Gelder unbürokratisch an die Schulen weiterreicht, und wir brauchen Schulen, die mit größtmöglicher Gestaltungsfreiheit diese Ziele individuell erreichen können.

Freie Schulwahl

Wir setzen uns im Land dafür ein, dass die Schule frei und unabhängig vom Wohnort gewählt werden kann. Das Argument, dass dann die „guten Schulen überrannt“ werden, lassen wir nicht gelten, da nur mit diesem System ein starker Anreiz zur Qualitätsverbesserung gesetzt wird. Wir haben den Anspruch, dass alle Schulen zu guten Schulen werden. Die Schulen müssen daher um die Schüler:innen mit Qualität und Konzepten werben. Und: Mehr Freiheit muss auch den Schüler:innen und Eltern zugesprochen werden.

Sauberkeit in den Schulen sicherstellen

Wir fordern Konsequenzen für Reinigungsfirmen bei Nichterfüllung von Sauberkeitskriterien, regelmäßige Kontrollen und kürzere Ausschreibungsintervalle. Die Kontrolle der Reinigungsarbeiten muss nicht zuletzt durch Stellen für Hausmeister:innen in ausreichender Zahl sichergestellt werden. Denn die Sauberkeit an Berlins Schulen stand in den letzten Jahren regelmäßig in der Kritik. So gibt es Schulen, an denen Kinder aufgrund der unerträglichen hygienischen Zustände die Schultoilette nicht mehr aufsuchen. Zusätzlich steigt die Verletzungsgefahr in dreckigen Sporthallen enorm. Zwar hat sich die Situation etwas verbessert, ist aber immer noch nicht zufriedenstellend und akzeptabel.

Bündnis für beste Bildung - Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure

Wir fordern ein „Bündnis für beste Bildung“ in unserem Bezirk! In diesem Bündnis sollen alle relevanten gesellschaftlichen Akteure aufgenommen werden. Dieses Bündnis würde für den Bezirk gelten, kann sich aber in den einzelnen Kiezen auf kleinerer Ebene als Spiegel zur Bezirksebene erneut gründen. Nutzen wir es, dass unsere Kieze bunt und kreativ sind. Wieso sollten darum nicht auch unkonventionelle Ideen bei der Lösung von Problemen in unserem Bezirk eine Rolle spielen. Anstatt ständig gegen wirtschaftliche Prosperität in unserer Stadt und im Bezirk zu kämpfen, fordern wir die ideologische Kehrtwende: Wir wollen die Gesellschaft und die Wirtschaft in den schulischen Alltag einbinden.

Nachbarschaftsprojekte stärken - für mehr Zusammenhalt

Wir möchten die Schulen stärker mit Nachbarschaftsprojekten, Initiativen, Sportvereinen, Aktionen und gegenseitiger Unterstützung verknüpfen. Schulen sind keine Raumschiffe in einem funktionierenden gesellschaftlichen Ökosystem, sondern auf ihre Nachbarschaft angewiesen. Als ein wichtiger Teil im Leben des Einzelnen, ist die Bedeutung der Schuleinrichtungen auch in den Kiezen endlich angemessen zu schätzen!

Engagement der Eltern nutzen

Nicht zuletzt glauben wir, dass Eltern eine zentrale Rolle in der Erziehung spielen. Unser Ziel ist deshalb, das Engagement von Eltern zu stärken und sie in größerem Umfang mit einzubeziehen. Wir wollen Initiativen wie beispielsweise die "Stadtteilmütter" in Neukölln, die genau an diesem Punkt ansetzen, fördern. Gerade bildungsferne Eltern können so gezielt angesprochen und eingebunden werden.

Partner:innen gewinnen

Zusätzlich wollen wir auch vermehrt Personen und Institutionen außerhalb der klassischen Bildungsbranche einbinden. Vereine, Kultureinrichtungen und Bildungsträger etwa können eine Vielzahl an Freizeitaktivitäten anbieten, die gefördert und bei Kindern wie Eltern beworben werden müssen. Als weiterer Schritt zur individuellen Betreuung ist auch die Einführung von Patenschaften denkbar. Über einen fortlaufenden, informellen Austausch können hier junge und ältere Erwachsene den Kindern Werte und Wissen über fremde Kulturen, Kunst, Wissenschaften, Ernährung und Gesundheit näher bringen und als wichtige persönliche Ansprechpartner:innen dienen.

Ein Bezirk für Azubis und Studierende!

Bezahlbarer Wohnraum, gleiche Chancen, gleiche Förderung! Wir stellen fest, Friedrichshain- Kreuzberg ist ein junger Bezirk. Hier leben viele Studierende und Auszubildende – oder Jugendliche, die kurz vor diesem Lebensabschnitt stehen. Diese Menschen benötigen bezahlbaren Wohnraum und eine erstklassige Infrastruktur. Wir beobachten immer wieder mit Entsetzen, dass sich der Bezirk bei der Frage nach günstigem Wohnraum für Studierende und Auszubildende quer stellt und diesen verhindert.

Kopf sucht Dach - bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Der Bezirk sollte sich der Forderung nach einem Hochschulsozialpakt für das Wohnen anschließen, der neuen staatlichen und privaten Wohnungsbau für Studierende und Auszubildende von Seiten des Bundes mitfinanziert. Um eine geeignete Strategie für mehr Wohnungen zu finden, wollen wir einen Baulückenkataster entwickeln. Denn viele Menschen suchen aktuell Wohnraum in Berlin. Studierende und Auszubildende sind oftmals Geringverdiener:innen und können sowohl keine finanziellen Sicherheiten vorweisen noch haben sie ein hohes Einkommen. Wir fordern mehr Engagement durch den Bezirk, der sich für sozialen Wohnungsbau einsetzen sollte. So entsteht bezahlbarer Wohnraum.

Auszubildende fördern - und gleichbehandeln

Wir möchten Ungleichheit, die es zwischen den Lebenswegen von Studierenden und Auszubildenden noch gibt, bekämpfen. Auszubildende, die gar kein Einkommen haben oder für ihre Ausbildung sogar etwas zahlen müssen, sollen die gleichen Leistungen wie Studierende in Anspruch nehmen dürfen. Das gilt insbesondere für die Leistungen, die der Bezirk zur Verfügung stellt. Ob Studium oder Ausbildung, für uns sind alle Lebenswege gleichwertig. Derzeit gibt es zwischen der Unterstützung von Studierenden und Auszubildenden Ungleichheiten zulasten der Auszubildenden.

Raus aus der Kreidezeit - Digitalisierung nicht verschlafen

1.000 Euro pro Kind für eine digitale Infrastruktur

Unsere Kinder müssen einen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit heutigen und zukünftigen Technologien mühelos beherrschen. Im digitalen Zeitalter muss nun

auch die digitale Lehre dauerhaft, nicht nur in Krisenzeiten, in den Schulalltag integriert werden. Hier sehen wir 1000 Euro pro Schüler:in vor. Dies ist eine kostenintensive, aber zwingend notwendige Investition. Neue Computer und Tablets, Online-Lehrmittel, eine stabile und sichere Internetverbindung oder interaktive Whiteboards sollen den Unterricht vor Ort ergänzen.

Lehrkräfte digital weiterbilden

Wir Freie Demokraten fordern Gelder für die Qualifizierung der Lehrer:innen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es an digitaler Ausstattung und Ausbildung vielerorts mangelt. Es darf nicht sein, dass ein guter Heimunterricht oder auch nur die digitale Kommunikation allein vom Wissen und Engagement des Lehrkörpers abhängt. Das gilt nicht nur für das Nutzen von technischen Geräten, sondern auch für das Wissen von Gefahren im Netz und Grundlagen im Datenschutz.

E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte

Um den Kontakt zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen auch außerhalb des Unterrichts zu ermöglichen, brauchen wir endlich einheitliche Mailadressen für alle Lehrer:innen in Berlin. Die Schüler:innen haben ein Recht auf Betreuung in der Schulzeit, der Bezirk und der Senat müssen dabei Hand in Hand zusammenarbeiten.

Eine IT-Hausmeister:in für jede Schule

Wir wollen Lehrkräfte entlasten, indem wir jeder Schule eine festangestellte IT-Fachkraft als „IT- Hausmeister:in“ für den Digitalisierungsschub der Berliner Schulen zur Seite stellen. Denkbar sind auch Modelle, bei denen sich eine IT-Fachkraft um einen Schulverbund kümmert.

Open for Business! Friedrichshain-Kreuzberg muss Heimat der Visionäre bleiben

Wir wollen ein Friedrichshain-Kreuzberg, das Raum gibt für unternehmerische Initiative. Ein Friedrichshain-Kreuzberg, in dem Verwaltung und Politik Unternehmertum nicht unter einen

Generalverdacht stellen und nach Kräften zu blockieren suchen, sondern wirtschaftliche Betätigung begrüßen und unterstützen. Mit einem offenen Investitionsklima, in dem die Ansiedlung neuer Unternehmen als Chance für den Bezirk begriffen wird, nicht als Bedrohung. Mit leistungsfähigen, serviceorientierten, unbürokratisch ansprechbaren und pragmatischen Behörden. Durch eine Neubaupolitik, die die Gewerbemieten bezahlbar hält. Durch eine zielgerichtete Politik für die in Friedrichshain-Kreuzberg besonders starke Tourismus-, Gastronomie- und (Club-)Kulturbranche. Und indem wir die Krise als Chance für neue Anfänge nutzen und Friedrichshain-Kreuzberg als Hotspot einer nachhaltigen Green Economy positionieren.

Friedrichshain-Kreuzberg ist begehrt: Das zeigen nicht nur die Ansiedlungsvorhaben internationaler Spitzenunternehmen wie Google, Amazon und Zalando, sondern auch die Gründung zahlreicher vielversprechender kleiner und mittlerer Unternehmen in unserem Bezirk. Eine starke Wirtschaft im Bezirk schafft Arbeitsplätze vor Ort. Gastronomie und Einkaufsgelegenheiten schaffen attraktive Angebote für Verbraucher:innen und tragen zu einem lebendigen Kiez bei. Aber unternehmerische Betätigung ist für uns mehr als ein Wirtschaftsfaktor: Unternehmerische Freiheit schafft Raum zur Selbstverwirklichung. Vom

kleinen Späti an der Ecke, über die Boutique im Kiez, das Café am Straßenrand bis zum trendigen Govtech-Startup: die Freien Demokraten sehen in Friedrichshain-Kreuzberg einen Ort, in dem Unternehmer:innen ihr Glück versuchen können – und die Politik ihnen Steine aus dem Weg räumt, statt neue zu platzieren.

Ein neuer Politikstil, der Unternehmertum als Chance begreift

Die Freien Demokraten werden Investitionen in unseren Bezirk begrüßen und nicht an ausschweifende Auflagenkataloge knüpfen. Wir stehen für eine Politik, die offen ist für unternehmerische Visionen. Investitionen in unsere Wirtschaft kommen allen Menschen in der Stadt zugute: sei es durch ein verbessertes Angebot an Waren und Dienstleistungen, sei es durch neue Arbeitsplätze oder allein durch zusätzliche Steuereinnahmen. Das grün-rot-rote Bezirksamt steht hingegen beispiellos für eine Verhinderungspolitik, in der Investitionen in den Bezirk überhaupt nicht, nur zähneknirschend oder unter anspruchsvollen Auflagen genehmigt werden. Sei es der Neubau des Karstadt am Hermannplatz, des Google-Campus oder des Amazon-Towers – stets hat der Bezirk im Versuch, Gemeinwohlaufgaben auf Unternehmen auszulagern, Begehrlichkeiten geltend gemacht. Für das Investitionsklima ist das fatal und unserem Bezirk entgehen damit wertvolle Chancen. Die Freien Demokraten zu wählen, bedeutet an dieser Stelle auch, einen anderen Politikstil zu wählen.

Bürokratieabbau und leistungsfähige Verwaltung

Weniger Bürokratie – mehr Zeit, etwas aufzubauen.

Die Freien Demokraten setzen sich im Land Berlin für einen konsequenten Abbau bürokratischer Lasten ein: in der nächsten Legislatur wollen wir das Vorschriftendickicht um zwanzig Prozent reduzieren, neue Gesetze und Verordnungen stets mit einem Verfallsdatum versehen („Sunsetklauseln“), Genehmigungsverfahren nach Möglichkeit in Anzeigeverfahren überführen und Dokumentationspflichten verringern. Die Freien Demokraten fordern außerdem eine Bürokratiebremse, wie sie bereits auf Bundesebene besteht: Für jede neue bürokratische Last soll eine bestehende abgeschafft werden müssen.
Denn Bürokratie bremst aus – nicht nur Unternehmen, sondern alle Bürger:innen der Stadt.

Entlastung und bessere Ausstattung des Bezirksamts

Zugleich wollen wir das Bezirksamt konsequent entlasten, modernisieren und angemessen ausstatten. Denn nur eine ansprechbare, pragmatische, serviceorientierte und leistungsfähige Verwaltung, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert, kann das eigenverantwortliche Leben der Bürger:innen unterstützen.

Ein zentraler Ansprechpartner für alle Verwaltungsangelegenheiten

Perspektivisch wünschen wir uns schließlich die Einführung zentraler Ansprechpartner:innen für alle Verwaltungsangelegenheiten, durch die Behördengänge im Sinne einer „One-Stop-Shop“- Lösung vereinfacht werden und die den Zugang zu Beratungsangeboten erleichtern. Die oft schwierige Frage, welche Behörde im Verwaltungsapparat für eine Sachentscheidung zuständig ist, wird hierdurch auf die Stelle verlagert, die den besten Überblick über Verwaltungsstrukturen hat: die Verwaltung selbst. Für Bürger:innen und Unternehmen bedeutet das: mehr Zeit, sich auf die in ihrem Leben wichtigen Fragen zu konzentrieren.

Friedrichshain-Kreuzberg schläft nicht: Schluss mit dem Ladenschluss

Die Freien Demokraten wollen Geschäfte, die sonntags und an Feiertagen öffnen, aus der legalen Grauzone befreien, indem wir landesweit für eine Abschaffung des

Ladenschlussgesetzes eintreten. Der Späti ist nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg eine Institution der Kiezkultur. Aber nicht nur für ihn, sondern für alle Geschäfte gilt: wir sind überzeugt davon, dass die Belegschaften und Unternehmer:innen vor Ort gemeinsam am besten entscheiden können, welche Öffnungszeiten sie anbieten wollen.

Gewerbemieten

Bauen wir uns bezahlbare Gewerbemieten!

Auch bei Gewerbeimmobilien stehen die Freien Demokraten für eine Politik, die konsequent Neubau fördert. Im Land Berlin setzen wir uns für eine Entschlackung des Planungswesens und des Bauordnungsrechts ein. Baulücken im Bezirk müssen konsequent identifiziert und einer zügigen Bebauung zugeführt werden. Der Bezirk soll Genehmigungsverfahren zügig und unbürokratisch bearbeiten. Im Bund setzen wir uns für dringend überfällige Reformen der Grunderwerbsteuer und der Beurkundungskosten ein. Eine Reform der Grundsteuer hin zu einem einfachen Flächenmodell kann zu einer Senkung der Mietnebenkosten beitragen.

Parallel zur Entwicklung bei den Wohnungsmieten steigen auch die Gewerbemieten im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg stark an. Für viele Gewerbetreibende, vor allem Kleinunternehmer:innen, geht der Mietenanstieg an die Existenz. Die Freien Demokraten betrachten das mit Sorge: Unternehmerische Entfaltung braucht bezahlbare Räume. Den nur scheinbar „einfachen“ Lösungen in Form von Eingriffen in den Mietmarkt stehen wir jedoch kritisch gegenüber: Ebenso wie im Wohnungssektor machen sie Investitionen in den Gebäudebestand unattraktiv, verfestigen das Unterangebot – und schaffen nicht einen Quadratmeter zusätzliche Gewerbefläche. Stattdessen führen sie zu verfestigten, illiquiden Märkten, in denen es Gründer:innen immer schwerer haben werden, passende Räume zu finden. Derartige Eingriffe in den Mietmarkt sind daher vor allem eines: strukturkonservative Politik, die bestehende Mieter:innen vor Wettbewerb abschirmt.

Unverhältnismäßig kurze Befristungen in Gewerbemietverträgen nicht sachgrundlos zulassen

Die Freien Demokraten wollen jedoch die Planungssicherheit von Gewerbemieter:innen verbessern und vertragliche Holdup-Positionen bei Mietvertragsverlängerungen entschärfen, indem wir uns dafür stark machen, dass Befristungen von Gewerbemietverträgen von weniger als fünf Jahren nur auf Wunsch der Mieter:innen uneingeschränkt zulässig sind und andernfalls einer gesetzlichen Rechtfertigungspflicht unterstellt werden. Denn wir erkennen an, dass Gewerbetreibende, vor allem im Einzelhandel und in der Gastronomie, laufend Investitionen in ihren Standort erbringen, die sie bei jeder anstehenden Mietvertragsverlängerung potentiell abhängig machen.

Tourismus, Kreativ- und Gastronomiebranche

Freiheitszonen für Gastronomie und Nachtleben

Wir fordern die Ausweisung von Freiheitszonen im Bezirk: In diesen, als besonders lebendig identifizierten Bezirksteilen werden Einschränkungen für die Kultur- und Gastronomiebranche vom Ordnungsamt soweit als möglich minimiert, etwa mit Blick auf den zulässigen Lärmpegel und Ruhezeiten. Die Tourismus-, Kultur- und

Gastronomiebranche ist nicht nur eines der wirtschaftlichen Zugpferde des Bezirks, sie macht Friedrichshain-Kreuzberg auch weltoffener, bunter und lebendiger. Freiheitszonen sollen die Entwicklung dieser Branche unterstützen und ihren Weg aus der Konjunkturkrise erleichtern. Natürlich müssen auch hier Regeln gelten. Insbesondere ruhige Wohngegenden kommen nicht infrage. Um Konflikte mit den Anwohner:innen zu verhindern, ist eine frühzeitige Einbeziehung in einem ergebnisoffenen und transparenten Beteiligungsprozess außerdem entscheidend – denn auch mögliche negativen Auswirkungen in der Nachbarschaft müssen in den Blick genommen werden. Durch die Ausweisung der Freiheitszonen in einem solchen mediierten Verfahren schaffen wir klare Spielregeln für die Gebiete, in denen ohnehin schon jetzt Nutzungskonflikte zwischen Kulturbranche und Anwohnerschaft brodeln und stellen Transparenz her – insbesondere für neu hinzuziehende Anwohner:innen.

Baugenehmigungen auch für Clubs

Berlin ist weit über die Grenzen Deutschlands bekannt für seine Clubkultur und zieht jährlich Millionen von Besucher:innen an. Dies ist nicht nur ein oft unterschätzter großer Wirtschaftsfaktor. Denn die Clubs und die damit verbundenen Musikszenen machen unsere Stadt mit zahlreichen Veranstaltungen besonders lebenswert – und das nicht nur an den Wochenenden. Wir wenden uns deshalb gegen die extrem restriktive Genehmigungspraxis des Bezirks bei Clubs und Gastronomie.

„Schanigärten“ für lebendigere Kieze mit mehr Raum für die Gastronomie

Nach dem Modell der Wiener „Schanigärten“ wollen wir es Gastronomiebetrieben ermöglichen, in den Sommermonaten unter klaren Bedingungen zusätzliche mobile Flächen auf dem Gehweg und auf Parkstreifen zur Bewirtung ihrer Gäste zu nutzen. Denn Gastronomie macht unseren Bezirk lebendiger und lebenswerter – und sollte daher auch den öffentlichen Raum mitbeanspruchen dürfen.

Vielfalt bei Unterbringungsangeboten ermöglichen

Die Freien Demokraten wollen Homesharing-Angebote durch eine Lockerung des Zweckentfremdungsverbots erleichtern: Homesharing soll künftig an bis zu 182 Tagen unkompliziert möglich sein. Davon profitieren nicht nur die Anwohner:innen – auch der Wohnungsbestand wird besser ausgelastet und der Tourismusstandort Friedrichshain-Kreuzberg gewinnt an Attraktivität: Friedrichshain-Kreuzberg ist als Reiseziel besonders beliebt bei jungen Menschen, die häufig alternative Unterbringungsformen wie die Übernachtung zur Untermiete gegenüber einem klassischen Hotel bevorzugen.

Friedrichshain-Kreuzberg braucht attraktive Sehenswürdigkeiten

Zugleich fordern wir ein verstärktes Engagement für die Sehenswürdigkeiten in unserem Bezirk. Die East-Side-Gallery muss künftig besser vor Vandalismus geschützt werden und benötigt ein neues (Rad-)Wegekonzept. Die Karl-Marx-Allee soll UNESCO-Weltkulturerbe werden, einschließlich einer neuen (teil-)virtuellen Ausstellung zur Geschichte der Straße. Auch unterstützen wir ausdrücklich einen Wiederaufbau der Synagoge am Fraenkelufer. An allen Sehenswürdigkeiten des Bezirks sollen digitale Informationsangebote, ggf. mit Augmented-Reality-Elementen, über eine einheitliche App abrufbar sein.

Green Economy

Nachhaltiges Wachstum mit einem Kompetenzcluster für Green Economy

Friedrichshain-Kreuzberg soll zu einem Leuchtturm für nachhaltige Wirtschaftspolitik werden und bei der Lösung von urbanen ökologischen und sozialen Themen die Vorreiterrolle in Berlin und Deutschland einnehmen. Durch gezielte Maßnahmen sollen im Bezirk Unternehmen angelockt werden, die sich vor allem der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet haben. Hierdurch soll ein Kompetenzcluster aus Unternehmen entstehen, die sich auf die Zukunft nachhaltiger urbaner Ver- und Entsorgung ausrichten und aktiv an der Reduktion von Abfällen und klimaschädlichen Emissionen für Luft, Boden und Wasser arbeiten. Friedrichshain-Kreuzberg zeichnet sich durch seine präsente Gründerkultur und sein tief verwurzeltes ökologisches Bewusstsein aus – beste Voraussetzungen, um den Bezirk als bundesweiten Hotspot einer nachhaltigen Green Economy zu positionieren. Die Zeit für einen solchen ökologischen Neustart war nie besser als nach der jüngsten Konjunkturkrise, die zu einem Umdenken zwang.

Optimierte Rahmenbedingungen für ökologisch verantwortungsvolles Wirtschaften

Auch wollen wir Unternehmen im Bezirk fördern, die sich freiwillig ihrer ökologischen Verantwortung bewusstwerden. Unternehmen, die nach den Environmental & Social Governance- Richtlinien der Vereinten Nationen arbeiten, sollen vom Bezirk gezielt angeworben und gefördert werden. Förderentscheidungen sind dabei stets technologieneutral zu treffen. Wir fordern außerdem die Förderung von Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen für ökologisch verantwortungsbewusstes Wirtschaften. Denn wir Freie Demokraten sind überzeugt davon, dass ökologische und soziale Probleme, die im urbanen Raum entstehen, nur mit den Mitteln der sozialen Marktwirtschaft gelöst werden können. Ein Zielkonflikt zwischen ökonomischem Wachstum und ökologischer Verantwortlichkeit wird vermieden, indem Klima- und Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht wird, statt mit rigiden Ver- und Geboten.

Kreislaufwirtschaft und Urban Mining

Ziel unserer Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik soll ferner sein, die Kreislaufwirtschaft im Bezirk voranzubringen. Die Freien Demokraten verfolgen hierbei den Grundsatz des „Urban Mining“, also eines holistischen Recycling-Konzepts, in der nicht nur Abfall als Rohstoff begriffen wird, sondern auch noch genutzte Güter für die Prognose zukünftiger Stoffströme berücksichtigt werden können.

Urban Farming und Urban Gardening

Schließlich begrüßen wir Freie Demokraten ausdrücklich den Ausbau von Urban Farming und Urban Gardening, also der emissionsarmen, lokalen Lebensmittelproduktion im urbanen Umfeld auf allerkleinstem Raum.

Investitionen in alle Bürger:innen – für neue Prioritäten in der Haushaltspolitik

Die Freien Demokraten stehen für fiskalisches Verantwortungsbewusstsein. Jeder Euro an Steuermitteln kann nur einmal ausgegeben werden - öffentliche Gelder müssen daher stets dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen für die Bürger:innen bringen. Das gilt umso mehr angesichts der angespannten Einnahmesituation im Zuge der aktuellen Konjunkturkrise. Daher ist es umso wichtiger, Prioritäten zu setzen und sich auf das zu fokussieren, was den

Bezirk wirklich voranbringt und den Bürger:innen nützt. Es heißt aber auch, Bisheriges permanent kritisch zu hinterfragen, um Budget für Neues zu schaffen.

Prioritäten setzen: Geld dort ausgeben, wo es einen echten Mehrwert bringt

Die Freien Demokraten fordern eine deutliche und klare Neuorientierung der Ausgabenpolitik im Bezirk. Wir wollen jede Form von Steuermittelverschwendung beenden und den frei verfügbaren Teil des Bezirkshaushalts konsequent für dringend notwendige Investitionen in den Bezirk verwenden, die einen echten Nutzen für eine Vielzahl an Bürger:innen bringen. Rund 90 Prozent der Ausgaben des Bezirks sind bereits gebunden - beispielsweise durch gesetzlich vorgeschriebene soziale Leistungen. Gemessen am Haushalt des Jahres 2021 können die Bezirksverordneten nur über rund 80 Mio. Euro pro Jahr verfügen. Im Durchschnitt sind das nur rund 280 Euro jährlich pro Einwohner:in des Bezirks. Das ist nicht viel. Aber wir können mit dem Geld Wichtiges bewirken, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen.

Kein Geld für Klientelpolitik und teure Experimente

Wir werden die teuren und gescheiterten Stadtentwicklungs-Experimente des Bezirksamts ebenso beenden, wie ihre freimütigen Ausgaben für Zwecke der „politischen Landschaftspflege“ wie zum Beispiel die monatlichen Zahlungen von 2.000€ an das Café Sybille oder 1.900€ an den „Bizim Kiez“ für einen Laternenumzug. Wiederholt ist die Praxis des Bezirksamts negativ aufgefallen, bezirkseigene Mittel für Klientelpolitik und teure Experimente zu verschwenden: sei es die Anschaffung des berühmt- berüchtigten “Bezirks-Radladers”, seien es die teuren und gründlich gescheiterten Experimente im Bergmannkiez. Auch die sogenannten „Bürgerbeteiligungsmittel“ im Dezernentenbereich von Stadtrat Florian Schmidt dienten primär der „politischen Landschaftspflege“ und bauten unnötige Doppelstrukturen auf. Die Freien Demokraten stehen hingegen für eine öffentliche Ausgabenpolitik, die den größten Nutzen für die größte Anzahl an Bürger:innen bringt.

Vergabe von Gutachten muss kritisch hinterfragt werden

Die Freien Demokraten kritisieren ferner die Praxis des grün-rot-roten Bezirksamts, in ausschweifendem Umfang Gutachten einzuholen, die der eigenen politischen Agenda dienen. Evidenzbasierte Politik ist wichtig und externe Expertise hat ihren berechtigten Platz im politischen Entscheidungsfindungsprozess. Angesichts knapper Kassen muss aber stets sichergestellt sein, dass die Gutachten wirklich notwendig sind.

Bürokratieabbau senkt öffentliche Ausgaben

Wir wollen schließlich einen zentralen Beitrag zur Entlastung des Haushalts leisten, indem wir die Kosten der Verwaltung durch konsequenten Bürokratieabbau senken. Gerade Gesetze, die in private Wirtschaftsentscheidungen übergreifen, sind häufig besonders teuer in der Durchsetzung. Beispielhaft dafür steht etwa das Zweckentfremdungsverbot, das wir umfangreich reformieren wollen.

Risiken für den Bezirkshaushalt sofort reduzieren: Nicht mehr vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen!

Klug Wirtschaften heißt auch, keine unnötigen Risiken für den Bezirkshaushalt einzugehen. Für die Freien Demokraten bedeutet das insbesondere, dass der Bezirk keine Vorkaufsrechte nach dem Baugesetzbuch mehr ausübt. Das grün-rot-rote Bezirksamt ist durch die Ausübung des Vorkaufsrechts Risiken in zweistelliger Millionenhöhe eingegangen. Stadtrat Florian Schmidt hat sich dadurch den Anfangsverdacht strafbarer Untreue zugezogen. Der

Höhepunkt war die Beinahe-Insolvenz der „Diese eG“, die innerhalb von wenigen Monaten einen Schuldenberg von rund 50 Millionen Euro angehäuft hat. Der Effekt auf den Wohnungsmarkt ist hingegen marginal und bedient nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.

Haushaltsrisiken auch im Kleinen vermeiden

Finanzielle Risiken bestehen aber auch im Kleinen, bspw. beim seit Jahren geschlossenen Baerwaldbad, dessen Sanierung unkalkulierbare Risiken birgt und wegen dem zögerlichen Handeln des Bezirksamtes weiter verfällt. Wir setzen uns für die Ausschreibung der Sanierung und des Betriebs des Bades in Form eines Interessensbekundungsverfahren ein. Private Investitionen verbunden mit der klaren Auflage dauerhaft eine öffentlichen Badebetrieb zu gewährleisten, können das Baerwaldbad retten und gleichzeitig den öffentlichen Haushalt schonen.

Stärkere Kontrolle durch die Bezirksverordneten ermöglichen

Die Freien Demokraten fordern eine stärkere demokratische Kontrolle der Ausgaben des Bezirksamts durch die Bezirksverordneten. Im Haushalt des Bezirks sind auch Mittel für unspezifische unvorhergesehene Ausgaben (der allg. Finanzverwaltung) eingestellt (Verfügungs- und Verstärkungsmittel). So wichtig Flexibilität für die Verwaltung auch ist, so wichtig ist auch die parlamentarische Kontrolle über die Ausgaben. Anstatt dem Bezirksamt die unkontrollierte Verfügung über mittlerweile 1 Mio. Euro zu überlassen, wollen wir der BVV mehr Kontrolle - etwa über Sperrvermerke - geben, um somit die Mittel besser zielgerichtet für wichtige Projekte einzusetzen.

Gewerbesteuereinnahmen für den Bezirk

Wir fordern, dass die Bezirke den Gewerbesteuerhebesatz selbst festlegen können und ein Teil der Gewerbesteuereinnahmen ihnen direkt zufließt. Das verbessert nicht nur die Finanzsituation des Bezirks und schafft zusätzlichen Raum für sinnvolle Ausgaben. Entscheidungsträger:innen im Bezirk erhalten dadurch auch handfeste Anreize, sich um die Ansiedlung von Gewerbetreibenden zu bemühen – ein wünschenswerter Kontrast zum derzeit vorherrschenden investitionsfeindlichen Klima. Dafür sind Gesetzesänderungen auf Landes- und Bundesebene notwendig.

Digitalisierung in und von Friedrichshain-Kreuzberg

Kommunale Verwaltung - bürgernah, digital und im 21. Jahrhundert angekommen.

Zugang zur kommunalen Verwaltung erleichtern

Wir Freie Demokraten fordern, umgehend eine zentrale und barrierefreie Plattform einzurichten, die Bürger:innen ermöglicht, auf Wunsch alle Leistungen der Bezirksämter digital abzurufen. Hierbei sollte eine Digital-Only Strategie angewandt werden, in der die Anforderung an physische Dokumente oder Termine begründet werden muss. Zukünftig sollen so Bürger:innen alle Termine bei Bürgerämtern auch als Videokonferenz wahrnehmen können. Analog zur online Video- Identifizierung bei Banken, sollen auch Dienstleistungen wie die Beantragung von Ausweisdokumenten oder Ummeldung digital möglich sein.

Eine Verwaltung für alle

Wir Freie Demokraten fordern, dass alle Verwaltungsleistungen orientiert an den Bürger:innen und niedrigschwellig angeboten

werden. Erweiterte Zeitfenster für Verwaltungsdienstleistungen sollen allen Bürger:innen den digitalen oder physischen Besuch im Bürgeramt ermöglichen. Perspektivisch wünschen wir uns schließlich die Einführung zentraler Ansprechpartner:innen für alle Verwaltungsangelegenheiten, durch die Behördengänge im Sinne einer „One-Stop-Shop"- Lösung vereinfacht werden und die den Zugang zu Beratungsangeboten erleichtern. Die zentrale Anlaufstelle soll, jedenfalls während bestimmter Sprechzeiten, über Personal verfügen, das die verbreitetsten in Berlin gesprochenen Sprachen beherrscht. Zudem müssen alle schriftlichen Informationsangebote und Behördendokumente mindestens zweisprachig (EN/DE) zur Verfügung stehen. Durch automatisierte Übersetzungslösungen streben wir die Bereitstellung dieser Leistungen in möglichst vielen weiteren Sprachen an. Berlin ist eine vielfältige Stadt, deren Verwaltung noch im 20. Jahrhundert stehen geblieben ist. Wir wollen eine Verwaltung, die Fremdsprachler:innen Teilhabe ermöglicht, sowie Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen mit entgegengesetzten Arbeitszeiten und Bürger:innen in allen Lebenslagen den Behördengang erleichtert.

Behörde ohne Bürokratie

Wir Freie Demokraten fordern die Reduzierung bürokratischer Hürden bei Behördengängen. Formale Anforderungen wie die Schriftformerfordernis für Anträge sollen auf den Prüfstand gestellt und wo möglich abgeschafft werden. Die Anwendung digitaler Verifizierungsmethoden soll ausgeweitet werden. Wir möchten den Austausch zwischen Bürger:innen und Verwaltung erleichtern und Verwaltungsmitarbeiter:innen durch bürokratiearme Prozesse entlasten. Verwaltungsmitarbeiter:innen sollten Prozesse möglichst vollständig begleiten und bearbeiten können, um Zeitverzug bei internen Weiterleitungen zu vermeiden. Hierfür sind die jeweiligen Zuständigkeiten klar zu definieren.

Eine sichere digitale Verwaltung

Wir Freie Demokraten fordern den Ausbau der sicheren Kommunikation von Bürger:innen mit Behörden. Datensicherheit und Datenschutz müssen zu jeder Zeit gewährleistet sein. Bei der Erhebung von Daten soll Datensparsamkeit praktiziert werden. Bürger:innen sind über die Speicherung und Verwendung ihrer Daten aufzuklären. Für die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürger:innen in eine digitale Verwaltung ist es von großer Bedeutung, dass die Sicherheit sensibler und personenbezogenen Daten in der öffentlichen Verwaltung gewährleistet ist. Mitarbeiter:innen müssen hierfür sensibilisiert und ausgebildet werden.

Ausstattung der Verwaltung modernisieren

Wir Freie Demokraten fordern eine zeitgemäße und moderne Ausstattung der kommunalen Verwaltung mit Hard- und Software. Dabei wollen wir nach Möglichkeit auf Open-SourceSoftware setzen. Mitarbeiter:innen der Verwaltung müssen die nötige Unterstützung erhalten, um neue Werkzeuge effektiv und sicher beherrschen zu können. Hierzu gehören auch Aus- und Weiterbildungsangebote für Medienkompetenz. Auch Verwaltungsmitarbeiter:innen muss es möglich sein, von zuhause aus zu arbeiten. Während in der Corona-Pandemie weite Teile der Privatwirtschaft zügig ihre Arbeitsprozesse auf Homeoffice umstellten, mussten für die Berliner Verwaltung zunächst Laptops und mobile Arbeitsgeräte angeschafft sowie VPN-Zugänge bereitgestellt werden. Wir möchten, dass die Verwaltung in Zukunft flexibel auf externe Umstände reagieren kann und ihren Mitarbeiter:innen auch im Rahmen von familienfreundlichem Arbeiten entsprechende Möglichkeiten einräumt.

Digitalisierung in städtischen Gebäuden gemeinsam erlebbar machen

Bibliothek im digitalen Zeitalter

Wir Freie Demokraten fordern, städtische Gebäude und Bibliotheken weiterzuentwickeln, um Digitalisierung für Bürger:innen gemeinsam erlebbar zu machen. Hierzu gehören kostenloses WLAN und Internetarbeitsplätze, reservierbare Co-Working-Areas und Besprechungs- und Veranstaltungsräume, sowie eine 24/7-Verfügbarkeit für registrierte Nutzer:innen. Die vorhandene städtische Infrastruktur sollte dafür genutzt werden, allen Bürger:innen, einen freien und barrierefreien Zugang zu Bildung und Wissen und die Möglichkeit zur digitalen Teilhabe zu bieten. Insbesondere städtische Bibliotheken wie die Pablo Neruda Bezirksbibliothek in Friedrichshain bieten sich als eine solche Brücke zwischen der digitalen und analogen Welt an.

Bibliotheken als Brücke zwischen digitaler und analoger Welt stärken

Wir Freie Demokraten fordern, dass städtische Bibliotheken zukünftig Veranstaltungen fördern und anbieten, die eine Brücke zwischen digitaler und analoger Welt schaffen wollen. Hierzu gehören z.B. Kurse zur Vermittlung von Medienkompetenz für Kinder & Senior:innen, digitale Museumsbesuche, e-Sports Veranstaltungen oder Workshops zur deutschen Verwaltung für Nicht-Muttersprachler:innen. Neben dem reinen Angebot an Infrastruktur wird durch verschiedene Veranstaltungen und Workshops das gemeinsame digitale Erlebnis in der analogen Welt gestärkt. Analoge Anlaufpunkte für digital interessierte Bürger:innen müssen daher umgesetzt und beworben werden.

Flexible Nutzung städtischer Gebäude

Wir Freie Demokraten fordern, ungenutzte Flächen in städtischen Gebäuden Bürger:innen in buchbaren Zeitfenstern für eine Nebenkostenpauschale zur Verfügung zu stellen. Dabei kann es sich zum Beispiel um Schüler:innen, Student:innen, Arbeitssuchende, Gründer:innen oder Ehrenamtler:innen handeln, die für zeitlich begrenzte Projekte einen Ort suchen.

Smart City

Smart ist, das Rad nicht neu zu erfinden, sondern bestehende Strukturen oder Ideen weiterzuentwickeln, sie gegebenenfalls durch den Einsatz von Technologie oder Daten besser und effizienter zu machen. Eine Smart City bedeutet nicht unbedingt, dass alles datengesteuert oder -getrieben ist. Eine Smart City ist eine Stadt, die intelligent innovative Lösungen einsetzt, um die Stadt lebenswerter und nachhaltiger zu gestalten. Weil eine Stadt erst durch die Menschen, die in ihr leben, zu einem lebenswerten Ort wird, ist es unerlässlich, dass auch Menschen mitgestalten und mitentscheiden, wie ihre Stadt oder ihr Bezirk smarter werden. Nicht nur, weil die Berliner:innen ihre Kieze am besten kennen, sondern auch, weil es ihre Bedürfnisse sind, die hier erfüllt werden sollen. Diese Vielfalt an Beteiligung ist auch deswegen notwendig, um die Bedürfnisse barrierefrei für alle gestalten zu können. Wichtig ist dabei vor allem eins: Wenn wir Daten und Technologie einsetzen, dann müssen wir Daten nutzen, die keinen Personenbezug herstellen können. Außerdem müssen wir mit einer Open-Data-Strategie Daten für alle verfügbar machen, damit Innovationen auch aus der Mitte unserer Gesellschaft kommen können.

(Digitale) Beteiligung von Bürger:innen für eine Smart City

Wir Freien Demokraten wollen eine Stadt und einen Bezirk, der von den Menschen, die in ihm leben, selbstbestimmt gestaltet wird. Eine Beteiligung der Bürger:innen ist daher

zwingend erforderlich. Sie muss barrierefrei sowohl analog als auch digital möglich sein. Die Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg wissen am besten, wie Ressourcen in ihrem Bezirk oder ihren Kiezen am besten genutzt werden können und wo Verbesserungspotentiale bestehen. Echte Beteiligung sorgt für nachhaltig akzeptierte Lösungen für einen lebenswerten Kiez und Bezirk.

Experimentierraum für LoRaWan-Netzwerke

Wir Freien Demokraten wollen in Friedrichshain-Kreuzberg mit LoRaWan Netzwerken experimentieren. Diese kleinen Funknetze können z.B. Daten über freie Parkplätze und volle Mülleimer sammeln. Die Menschen entscheiden selbst, wo Daten gesammelt werden sollten. Mit besseren Daten können wir besser handeln und unseren Bezirk lebenswerter machen. Freie Parkplätze, die in einer App angezeigt werden, sparen Zeit, vermeiden Stress und schonen die Umwelt durch zielgerichtetes Fahren. Informationen über volle Mülleimer lassen diese zielgerichtet entleeren – ein schöneres Stadtbild und effiziente Routen der Müllabfuhr sind so möglich.

Digitales Blaulicht in Friedrichshain-Kreuzberg einführen

Wir Freien Demokraten fordern, dass sich Friedrichshain-Kreuzberg als Pilotprojekt für das Forschungsprojekt SIRENE anbietet. Dieses macht es möglich, dass Autofahrer:innen über eine Car2Car-Kommunikation über ihr Display vor herannahenden Einsatzfahrzeugen gewarnt werden – noch bevor diese zu hören oder zu sehen sind. Intelligente Lösungen können durch einfache Maßnahmen eine Stadt sicherer machen und Menschenleben retten. Das digitale Blaulicht ist so ein Beispiel. Können Autofahrer:innen frühzeitiger gewarnt werden, kann schneller Platz für Rettungsfahrzeuge gemacht werden, bei denen jede Sekunde zählt.

Daten für einen besseren und sicheren Verkehr für alle Teilnehmenden

Wo passieren Unfälle mit Radfahrer:innen, wo sind die Grünphasen für Fußgänger:innen zu kurz, wie können grüne Wellen gesteuert werden, um Abgase zu minimieren? Wir Freien Demokraten fordern, Verkehrsflüsse und -wege für alle Teilnehmenden am Verkehr durch umfassende Datenerhebungen zu verbessern. Evidenzbasierte Politik ist die beste Politik. Wenn wir Daten über unsere Verkehrswege haben, können wir noch besser Probleme beheben und den öffentlichen Raum so gestalten, dass er den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer:innen entspricht. D.h Fahrradwege werden dort ausgebaut, wo sie nicht ausreichen, Ampelphasen für Fußgänger:innen werden intelligent gesteuert. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen muss gewährleistet werden.

Freies WLAN als Grundlage für Beteiligung

Ob digitale Bürger:innenbeteiligung oder der freie Zugang zu Wissen und Information für alle. Für uns Freie Demokraten gehört der freie Zugang zum Internet zur Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben als aktiver Mensch in Friedrichshain-Kreuzberg. Initiativen wie Freifunk stellen seit Jahren freies WLAN deutschlandweit zur Verfügung. Solche Initiativen müssen gefördert werden – auch durch eine Änderung der Abgabenordnung im Bund, sodass diese gemeinnützig werden können. Der Zugang zum Netz ist essenziell, um Lebenschancen wahrnehmen zu können und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen zu können.

Wer schneller baut, wohnt früher schön

Seit Jahren steigen in Metropolregionen die Wohnkosten dramatisch an. Obschon Arbeitslose, Geringverdienende, Alleinerziehende, Familien und ältere Menschen besonders von dieser Entwicklung betroffen sind, ist das Problem längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wohnen gehört wie Nahrung, Kleidung, Gesundheit und Bildung zu den

elementaren Bedürfnissen, deren Befriedigung ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wenn wir nun von bezahlbarem Wohnen sprechen, dann beschreiben wir das Ziel, dass nicht mehr als ca. ein Drittel des Einkommens für Ausgaben rund um das Wohnen in Anspruch genommen werden muss. Naturgemäß spielt dann aber auch die tatsächliche Höhe des verfügbaren Einkommens eine Rolle.

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Stadtbezirk mit vielfältiger, historischer und seltener Bebauung. Dabei herrscht oftmals erneuerungsbedürftige Nachkriegsbebauung und Gründerzeitbebauung vor. Unterschiedlichste Wohnmilieus haben sich entwickelt und entwickeln sich stetig weiter. Friedrichshain- Kreuzberg muss attraktiver Wohnort für alle sozialen Schichten und für Alteingesessene und Zugezogene bleiben und werden. Wohnungspolitische Stillstände und Rückschritte durch exzessive Ausnutzung des Vorkaufsrechts des Bezirks und die expansive Ausweisung von Milieuschutzgebieten führen letztlich zur Zementierung des bestehenden Zustandes. Dieser ist durch sozial fragwürdige Subventionierung willkürlich ausgewählter Wohnungen, Benachteiligung Zuziehender, einen de facto zum Erliegen gekommenen Wohnungsmarkt und vor allem durch fehlende Neu- und Ausbauten sowie fehlende Investitionen gekennzeichnet.

Statt sich in die 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts zurückzubegeben ist die FDP Friedrichshain- Kreuzberg dafür, bezahlbare Mieten durch ein ausreichendes Angebot verschiedenster Wohnungstypen und Eigentumsformen durch Bauen zu gewährleisten. Mit einem bedarfsgerechten Wohnungsneubau soll verhindert werden, dass durch weiter steigende Miet- und Wohnungspreise, Wohnungsknappheit und steigendem Verdrängungsdruck, die Attraktivität des Wirtschafts- und Hochschulstandorts Berlin nachhaltig negativ beeinträchtigt wird. Dieses Angebot kann durch das Aufstocken bestehender Gebäude bzw. durch Dachgeschossausbau erreicht werden. Auch Neubau mit behutsamer Nachverdichtung ist ein Weg, die bestehende Infrastruktur effizient zu nutzen. Kommunale und private Bauherren sind willkommen. Das Vorkaufsrecht der Mieter:innen beim Verkauf von Wohngebäuden ist zu schützen.

Handlungsprogramm WOHNEN

Wir Freien Demokraten fordern die Erarbeitung eines ‚Handlungsprogramms Wohnen', in dem die Grundlagen für die wohnungspolitische Ausrichtung der Stadt Berlin etabliert werden sollen. Im Handlungsprogramm Wohnen werden Maßnahmen und Strategien gebündelt, die auf eine quantitative und qualitative Wohnraumversorgung der Stadt Berlin ausgerichtet sind und somit die Zukunftsfähigkeit einer wachsenden Stadt sicherstellen. So wollen wir den Fortbestand der sozialen Mischung erhalten und Menschen aller Einkommensklassen Zugang zu Wohnraum ermöglichen.

Eine Living Bridge für mehr attraktiven öffentlichen Raum

Wir Freie Demokraten fordern eine Living Bridge, die das trostlose Areal zwischen Ostbahnhof und Ostkreuz überdacht und somit attraktiven öffentlichen Raum schafft. Die mitten durch Friedrichshain verlaufende Trennung muss aufgehoben werden. Diese Living Bridge wird neuen öffentlichen Raum schaffen. Sie wird dringend benötigten Wohnraum generieren und einen großzügigen, städtischen Charakter ermöglichen. Der Höhenunterschied wird durch Parkanlagen überbrückt und die Wohngegend so attraktiver.
Ganz nebenbei wird auch der Kriminalitätsschwerpunkt Warschauer Straße entschärft.

Forcierung von Neu- und Ausbau

Friedrichshain-Kreuzberg muss attraktiver Wohnort für alle sozialen Schichten und für Alteingesessene und Zugezogene bleiben und werden. Wohnungspolitische Stillstände und Rückschritte durch exzessive Ausnutzung des Vorkaufsrechts des Bezirks und die expansive Ausweisung von Milieuschutzgebieten führen letztlich zur Zementierung des bestehenden

Zustandes. Dieser ist durch sozial fragwürdige Subventionierung willkürlich ausgewählter Wohnungen, Diskriminierung Zuziehender, einen de facto zum Erliegen gekommenen Wohnungsmarkt und vor allem durch fehlende Neu- und Ausbauten sowie fehlende Investitionen gekennzeichnet.

Flächenmanagement: Nachverdichtung und Dachgeschossausbau

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein zentraler Innenstadt-Bezirk, in dem die Bauflachen knapp sind. Daher ist ein kluges Flächenmanagement obligatorisch. Das beinhaltet z.B. die konsequente Nachverdichtung von Freiflachen sowie den Dachgeschossausbau nach Wiener Vorbild.

Ökologische Erneuerung und Anpassung von Gebäuden an den Klimawandel.

Wir Freie Demokraten fordern, dass Anpassungen an den Klimawandel und die ökologische Erneuerung von Wohn- und öffentlichen Gebäuden unterstützt werden müssen. Denn der Klimawandel wird jedes Jahr spürbarer – Anpassungsmaßnahmen vermisst man bislang dagegen weitestgehend. Für Sanierungen im Bestand und für Neubauten müssen klimafreundliche Bauweisen durchgesetzt werden. Zur Klimatisierung sind solarthermische und geothermische Anlagen zu fördern und Genehmigungshemmnisse zu beseitigen. Die Nutzung von geeigneten Dachflächen und Außenflächen für Gärten und Begrünung erhöht die Lebensqualität der Friedrichshainer und Kreuzberger und wirkt positiv auf das Klima im Bezirk. Statt die in den 90er- Jahren erst durch Rot-Grün privatisierten Wohngebäude teuer zurückzukaufen, sind die knappen kommunalen Mittel zur Mietunterstützung tatsächlich Bedürftiger, zur Förderung des nachhaltigen Bauens und zur Anpassung der Wohn- und öffentlichen Gebäude an den Klimawandel einzusetzen.

Wohnraum für alle Einkommensklassen – soziale Mischung erhalten

Soziale Mischung erhalten - soziale Bindung gewährleisten

Wir Freien Demokraten aus Friedrichshain-Kreuzberg setzen uns für den Erhalt der sozialen Mischung ein. Diese sehen wir durch den Wohnungsneubau auf städtischen Flächen mittels sozialer Bindung gewährleistet.

Reservierungsquote für einkommensschwache Bürger:innen

Bezahlbarer Wohnraum oder öffentlich geförderter Mietraum kann mit Hilfe der Instrumente der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen abgesichert werden. Bezahlbarer Wohnraum entsteht in allen Städten in erster Linie auf eigenen Flächen. Hierbei kann die Stadt Einfluss darauf nehmen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, indem sie einen Anteil von 30-40% der neu entstehenden Wohnungen für einkommensschwache Mitbürger:innen reserviert. Dies kann mittels sozialer Bindungen erfolgen, die wiederum grundbuchlich über Dienstbarkeiten (in Form von Belegungsrechten zugunsten der Stadt) gesichert werden.

Mietkauf fördern

Für uns Freie Demokraten kommt grundsätzlich auch die Bestellung von Mietkauf in

Betracht. Hierbei wird ein Instrument zum Erwerb von Eigentum geschaffen, in dessen Fokus vor allem Menschen mit geringem Eigenkapital stehen. Der geförderte Mietkauf ist ein

theoretisches Modell des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), bei dem der Staat Eigentumswohnungen baut und an Menschen mit geringem Eigenkapital verkauft. Anstatt einer Finanzierungsrate zahlen die Käufer ihre Eigentumswohnung beim geförderten Mietkauf mit sogenannten Mietkaufraten ab. Das Modell wäre ein Baustein zur Lösung der Wohnungsmarktprobleme und würde gleichzeitig den Anteil an Wohneigentümern erhöhen und stellt darüber hinaus einen weiteren Baustein einer
Altersvorsorge dar.

Smarte Technologien für den Erhalt der sozialen Mischung

Wir Freien Demokraten fordern einen intelligenten Einsatz und die Kombination von smarten Technologien, damit die Lebensqualität künftiger Generationen, unabhängig der sozialen Herkunft, erhalten und optimiert werden kann. So tragen wir den wachsenden klimatechnischen Anforderungen einer zukunftsorientierten Stadt Rechnung und tragen dies nicht auf dem Rücken der Schwächsten aus. Denn smarter und energieeffizienter Wohnungsbau sind ein wesentlicher Hebel und zentraler Ansatzpunkt, um die Klima- und Energieziele der Bundesregierung zu erreichen und das Zusammenleben in unseren Städten über die sozialen Grenzen hinweg zu verbessern. Hierfür bietet sich die Smart-Cities - Wohnungsbau-Initiative an, bei der zunächst die Entwicklung von technischen Lösungen im Fokus stehen soll, wie die Stadt der Zukunft so gestaltet werden kann, dass Bewohner:innen den Übergang zu einer innovativen und nachhaltigen Lebensweise, auf Grundlage smarter Technologien ermöglicht werden kann, die gleichzeitig die soziale Mischung im Fokus behält.

Machbarkeit „Soziale Mischung: Possible!“

Der Wandel hin zu smartem Wohnungsbau der Zukunft unter Einbezug der sozialen Mischung, wird am ehesten erfolgversprechend sein, wenn man die Nutzer:innen in das städtebauliche Konzept integriert und sie ins Zentrum der Lösung und Ansätze stellt. Denn dann werden sie das Projekt auch wie geplant tragen. Die vielfältige und kreative Nutzungsmischung wird allzu oft als wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung unterschätzt. Die vielfältige, bunte und mobile Stadtgesellschaft von morgen steht bei der Smart-Cities-Wohnungsbau-Initiative im Fokus. Ziel ist es, ein Konzept zu entwickeln, welches im globalen Maßstab zukunftsfähig ist und gleichzeitig wandelbar und offen für heute Unbekanntes bleibt.

Bau- und Planungsprozesse entbürokratisieren

Bauamt statt Bau-Verhinderungsamt

Die Bezirksverwaltung muss aktiv zur Verwirklichung neuer Bauprojekte beitragen, anstatt sie aus politischen Gründen zu verhindern. Dazu wollen wir eine Frist von vier Wochen einführen, in denen das Bezirksamt auf Terminwünsche und Anliegen von Bauwilligen zu reagieren hat. Friedrichshain-Kreuzberg braucht mehr Wohn- und Gewerbeflächen. Die notwendige Beschleunigung der Bauprozesse kommt zu häufig ins Stocken, weil der zuständige Stadtrat / die zuständige Stadträtin nicht erreichbar ist, nicht auf E-Mails oder Telefonanrufe antwortet. Das Bezirksamt muss auf Terminwünsche, Anliegen und Anfragen von Bauvorhabenträgern, Eigentümern und Bauherren zu konkreten Projekten im Bereich Stadtentwicklung/Bauen grundsätzlich zeitnah zu reagieren und Termine innerhalb von vier Wochen zu gewähren.

Verlässliche Bebauungsvorgaben für ein kürzeres Antragsverfahren

Friedrichshain-Kreuzberg braucht verlässliche Bebauungsvorgaben, die festlegen, zu welchen Anteilen bei Bauvorhaben sozialer Wohnungsbau, Kultur- und Gewerbeflächen und

Eigentumswohnungen verwirklicht werden sollen. Bei Einhaltung der Kriterien hat das Bezirksamt nur eine verkürzte Frist zur Genehmigung. Oft werden Bauanträge in den langsamen Mühlen der Friedrichshain-Kreuzberger Verwaltung viel zu lange aufgehalten und schlussendlich nicht realisiert. Dem soll entgegengewirkt werden, indem bei Einhaltung der transparent zugänglichen Kriterien für Bauvorhaben diese nur noch angezeigt und nicht mehr genehmigt werden müssen.

Bauvorhaben beschleunigen

Wir fordern, Wohnungsbauvorhaben zugig und unbürokratisch anzugehen. Wenn sich das Bauvorhaben in das stadtplanerische Umfeld problemlos integrieren lasst, ist gemäß §34 Baugesetzbuch nicht zwingend ein Bebauungsplan, ein sonst sinnvolles Instrument in der Stadtplanung, erforderlich. Von dieser Möglichkeit sollte konsequenter Gebrauch gemacht werden, damit die Baubehörde eigenständig und schneller den notwendigen Wohnungsbau realisieren kann.

Höhere Planungssicherheit schafft Vertrauen und verhindert Stillstand

Wir wollen klare Ansagen und Vertragssicherheit gegenüber Gewerbetreibenden, insbesondere Clubbesitzer:innen, Investoren:innen und Burger:innen, um Planungssicherheit zu generieren. Momentan „eiert“ der Bezirk und insbesondere sein Parlament bezüglich Neubau und Bestandsschutz sehr stark herum. Mit solchen Verhaltensweisen werden Investor:innen, die wir dringend zum Wohnungsbau benötigen, sowie Clubbesitzer:innen und Burger:innen abgeschreckt.

Milieuschutz und Sanierungsverbote abschaffen

Wir erachten Milieuschutz und Sanierungsverbote grundsätzlich als ungerecht. Diese Maßnahmen sorgen zwar großräumig kurzfristig dafür, dass Mieten niedrig gehalten werden. Die Markteingriffe hemmen jedoch Wohnungsneubau, senken so das Angebot an Wohnungen und erhöhen damit die Mieten und Immobilienpreise. Außerdem führen sie dazu, dass Gutverdiener:innen Wohnraum belegen, der weit unter ihrer Zahlungsbereitschaft liegt – und minimieren somit langfristig das Wohnungsangebot für Geringverdiener:innen und Mittelschicht. Im Wettbewerb mit Gutverdienenden werden die Geringverdienenden auch bei einer günstigen Wohnung den Kürzeren ziehen. Im Ergebnis verknappen Milieuschutz und Sanierungsverbote also das Wohnungsangebot für Geringverdiener:innen und Mittelschicht. Allein die Bereitstellung von ausreichend Wohnraum für jede Zahlungsbereitschaft kann langfristig erschwingliche Preise garantieren.

Denkmalschutz, der Schützenswertes schützt und Neues zulässt

Die Freien Demokraten setzen sich für einen vernunftgeleiteten Denkmalschutz ein.

Barrierefreiheit, Umweltschutz und energetische Sanierungen müssen mit den Zielen des Denkmalschutzes in Einklang gebracht werden. Denkmalschutz bewegt sich im

Spannungsfeld zwischen Schutz des Bestehenden und der Notwendigkeit für die Modernisierung. Er darf nicht ideologisch genutzt werden, um städtebauliche Neuerungen zu verhindern. Gleichzeitig muss Erhaltenswertes geschützt werden. Deswegen fordern wir eine Lockerung der gesetzlichen Vorgaben, um in jedem Einzelfall einen pragmatischen Kompromiss zwischen Erhaltungs- und Nutzungsinteressen zu finden.

Barrierefreiheit im Kiez - Mobilität für alle zugänglich machen

Nur wer sich auf der Straße wohl und sicher fühlt, identifiziert sich mit seinem Kiez und nimmt aktiv am Gemeinschaftsleben teil. Die Weiterentwicklung der Verkehrswege für Fußgänger:innen wollen wir Freien Demokraten im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg daher verstärkt nach den Gesichtspunkten Komfort, Sicherheit sowie Zweckmäßigkeit und Vernetzung vornehmen.

Barrierefreiheit weiterdenken

Wir Freien Demokraten verstehen Barrierefreiheit umfassend. Sie bezieht sich auf die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Plätzen, auf abgesenkte Bordsteinkanten und ebene Gehwege wie auch auf die Nutzbarkeit frei zu gestalten.

Klarer Platz für Leihräder und E-Roller

Die zunehmende Flächenkonkurrenz auf der Straße darf nicht zu einer Zurückdrängung des Fußverkehrs in unserem Bezirk führen. Deshalb wollen wir Freien Demokraten zusätzliche Stellplätze für Leihräder und E-Roller schaffen. Diese sind in gesonderte Parkbereichen ohne Beeinträchtigung der Gehwege auszuweisen und verpflichtend zu benutzen.

Gegenseitige Rücksicht als Grundlage der Freiheit im Straßenverkehr

Wir Freien Demokraten treten für mehr gegenseitige Rücksicht im Straßenverkehr in unserem Bezirk ein. Die Einhaltung von gesetzlichen Regeln im öffentlichen Raum ist Voraussetzung für die ungehinderte Mobilität aller Verkehrsteilnehmer:innen und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit. Die geltenden Regeln müssen für alle fair gelten und entsprechend von allen beachtet werden. Insbesondere die Fußgänger:innen bedürfen eines besonderen Schutzes. Übertretungen anderer Verkehrsteilnehmer:innen sind umgehend zu ahnden. Bei Mehrfachverstößen sollte eine Verkehrsschulung (z. B. „kleiner Fahrradführerschein“) verpflichtend eingeführt werden. Wir Freie Demokraten fordern daher mehr Fahrrad- und Fußstreifen der Polizei im Alltag der Menschen auf der Straße in unserem Bezirk. Als bauliche Maßnahmen treten wir für die konsequente bauliche Trennung von Fuß- und Fahrradwegen ein.

Radverkehr

Mobilität ist ein Zukunftsthema, bei dem aufgrund von bestehenden und anstehenden Innovationen und durch die Automatisierung moderner Techniken erhebliche Verbesserungspotenziale ausgeschöpft werden können. Dazu gehört als Grundpfeiler insbesondere die Radverkehrsförderung, die als Baustein einer zukunftsorientierten urbanen Mobilität zunehmende Wichtigkeit und Popularität gewinnt. Viel zu oft werden bestehende unsichere und ineffiziente Verkehrsverhältnisse aufgrund historischer Gegebenheiten hingenommen.

Es bestehen in Friedrichshain-Kreuzberg enorme lokale Potenziale, den gemeinsamen Verkehrsraum sicherer, harmonischer und effizienter für alle am Verkehr Beteiligten zu gestalten. Kostengünstige und erfolgreiche Konzepte in anderen Großstädten (beispielsweise Kopenhagen, New York, Hannover) zeigen, dass messbare Verbesserungen für Wirtschaft, Mensch, Stadt und Umwelt vollzogen wurden. Die Freien Demokraten setzen sich daher für eine Stärkung lokaler Fahrradpolitik in Friedrichshain-Kreuzberg ein, die Verkehrsflüsse effizienter und stadtverträglicher gestaltet. Die Verwaltung soll dabei Zielkorridore für

Verbesserungen der Verkehrslagen festlegen und anschließend messbare Änderungen kommunizieren.

Mehr Fahrradstraßen ausweisen

Statt holpriger Radwege fordern wir eigene Fahrstreifen für Radfahrer:innen. Diese sollen entsprechend markiert sein. Überlegungen zu einer Errichtung der „Radbahn“ unterhalb der U- Bahn-Strecke der U1/U3 unterstützen wir. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Straßen in

Friedrichshain-Kreuzberg in paralleler Führung zu Hauptverkehrsstraßen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Dabei ist die Anbindung an Fahrradrouten angrenzender Bezirke zu berücksichtigen.

Protected Bike Lanes nachhaltig gestalten: Naturvielfalt statt Baustellencharakter

Es hat sich ausgepollert. Wir wollen „Protected Bike Lanes“, also geschützte Radwege, in Friedrichshain-Kreuzberg ausweiten. Wir fordern das Bezirksamt auf, „Protected Bike Lanes“ aber nicht wie bisher mit Pollern zu schützen. Stattdessen sollen begrünte Streifen den Radverkehr vom KFZ-Verkehr trennen. Somit schaffen wir nicht nur ein ansehnliches Straßenbild, sondern fördern damit das Stadtklima und die Insektenvielfalt. Außerdem tragen wir zur dringend notwendigen Entsiegelung in der Stadt bei. Somit kann Wasser besser versickern, wovon das Grundwasser und die Pflanzenwelt profitieren. Der Umbau des Kottbusser Damms soll diesem Prinzip folgen.

Pop-up Radwege dürfen kein Provisorium bleiben

Während der Corona-Krise richtete das Bezirksamt zahlreiche sogenannte Pop-up Radwege ein, also Radwege die lediglich temporär als Baustelleneinrichtung eingeführt werden. Wir Freie Demokraten betrachten dieses Vorgehen kritisch. Die Umsetzung dieser Radwege wurde durch uns in der BVV längst mitbeschlossen. Jedoch sollen dort „richtige“, permanente Radwege entstehen. Zwar ist es zu begrüßen, dass die Umsetzung der Radwege schnell durchgeführt wurde. Jedoch machen wir gegenüber dem Bezirksamt Druck, die Radwege nicht wie so vieles in Berlin als permanentes Provisorium mit Baustellencharakter, sondern als erstklassige geschützte Radinfrastruktur umzusetzen.

Umbau des Hermannplatzes nutzen

Überall dort, wo größere städtebauliche Projekte umgesetzt werden, wollen wir ein neues Verkehrskonzept ausarbeiten. So wollen wir beispielsweise mit den Entwickler:innen des Karstadt- Neubaus ins Gespräch kommen, und fordern sie auf, ein integriertes Radverkehrskonzept für den Hermannplatz beim Bauprojekt Karstadt am Hermannplatz umzusetzen. Eigene Radspuren, ein Fahrradparkhaus, oder eine do-it-yourself Reparaturstation wären hier denkbar. So sorgen wir dafür, dass Bauprojekte weiter strahlen und ganze Kieze in die Planung mit einbezogen werden. Dadurch können Synergien gehoben werden und auch die Verkehrssysteme können von Bauprojekten profitieren.

Wiederaufbau der Brommybrücke als Rad- und Fußgängerbrücke

Die Verbindung zwischen Kreuzberg und Friedrichshain ist mangelhaft. Auf den wenigen Brücken drängen sich Auto-, Rad- und Fußverkehr mit hohem Konfliktpotenzial. Der Zustand ist untragbar. Deshalb setzten wir uns bereits in der vergangenen Wahlperiode für den Neubau der einstigen Brommybrücke als Rad- und Fußverkehrsbrücke ein. Mit mehreren Anträgen und Anfragen haben wir das Bezirksamt aufgefordert, den Bau der Brommybrücke in die Wege zu leiten. Bisher wurde vom Bezirksamt jedoch nichts unternommen. Wir

kämpfen weiter für diese Maßnahme, da eine zusätzliche Brücke über die Spree den Flaschenhals deutlich entspannt.

Dem Radverkehr eine sichere, attraktive und der wachsenden Nachfrage entsprechende

Infrastruktur zur Verfügung stellen

In vielen Fällen führen nicht ausgewiesene Radwege an großen Straßen dazu, dass der Verkehrsfluss insgesamt behindert wird. Daher sollen gesonderte Fahrbereiche ausreichend breit und gut sichtbar ausgewiesen werden, anstatt den Verkehrsfluss durch Shared-Spaces (gemeinsam benutzte Straßen) zu behindern. Durch den konsequenten Bau von Radfahrstraßen, wie z.B. im Kleistpark, in der Kreuzbergstraße, der Rigaer Straße oder der Bergmannstraße kommen Radfahrer:innen schnell und sicher ans Ziel.

Die wirtschaftlichste Alternative für die Ausweisung von sicheren Fahrbereichen

Markierungen von getrennten Fahrbereichen schaffen Klarheit und damit Sicherheit. Häufig ist die Verwendung von Farbe als merkliche Abgrenzung schon ausreichend, um Verkehrsflüsse effizienter zu gestalten.

Grüner Pfeil für Radverkehr

Seit April 2020 ermöglicht die StVO die Errichtung grüner Pfeile nur für Radfahrer:innen. Wir wollen diese Möglichkeit nutzen, um gerade gefährliche Kreuzungen zu entschärfen. Abbiegeunfälle sind die gefährlichsten Unfälle für Radfahrer:innen. Der grüne Pfeil für Radfahrer:innen würde dafür sorgen, dass die Radfahrer:innen in der Regel schon abgebogen sind, bevor etwa ein LKW in die Kreuzung abbiegt. Viele Unfälle können dadurch vermieden werden. Radfahrer:innen müssen dennoch vor dem Abbiegen an der Kreuzung anhalten, um insbesondere kreuzende Fußgänger:innen nicht zu gefährden. Deutlich ausgeweitete Kontrollen sollen für die Einhaltung der Regeln und für eine höhere Sicherheit sorgen.

Verkehrssicherheit erhöhen – Kontrollen ausweiten

Wir wollen erreichen, dass jede:r Radfahrer:in in Berlin und Xhain sicher ans Ziel kommt, aber auch Fußgänger:innen besser geschützt werden. Verkehrskontrollen sind unabdingbar. Diese wollen wir ausweiten und Verkehrsverstöße konsequent ahnden. Das Fahren über rote Ampeln, die Benutzung von Gehwegen durch Radfahrer:innen, aber auch das Parken auf Radwegen durch Autofahrer:innen muss der Vergangenheit angehören. Dazu brauchen wir als Bezirk eine Neuausrichtung des Ordnungsamtes, eine operative Zusammenarbeit mit der Polizei und eine effektivere Zusammenarbeit mit Abschleppdiensten. Denn wenn Kontrollen alltäglich und sichtbar sind, das Ordnungsamt mit Abschleppdiensten gemeinsam auf Patrouille geht und eine bezirkseigene Fahrradstaffel die Regel wird, dann können wir den Radverkehr sicherer machen.

Konfliktzone Bushaltestelle entschärfen

An zahlreichen Stellen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg werden Fahrradwege auf dem Gehweg direkt an Bus- oder Tramhaltestellen sowie an den Ausgängen der U-Bahn vorbeigeleitet. Wir wollen diese Gefahrenstellen durch das Anbringen geeigneter Markierungen entschärfen. Möglich ist bei benutzungspflichtigen Radwegen beispielsweise die Rotfärbung des Fahrradwegabschnitts und/oder das Aufbringen von amtlichen Fahrradpiktogrammen. Bei nicht benutzungspflichtigen Radwegen kann auf eine Grünfärbung und/oder das Aufbringen stilisierter Fahrradsymbole ausgewichen werden. In der vergangenen Wahlperiode haben wir dies bereits gefordert. Erfolglos – der Antrag wurde von den regierenden Parteien abgelehnt.

Zentrale Parkplätze und aufeinander abgestimmte Strecken für Autos und Fahrräder

Die Ausweisung von Parkplätzen für Autos und Fahrräder muss neu überdacht werden. Insbesondere auf großen Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen führen Parkvorgänge bei gleichzeitigem Fahrradverkehr zu erheblich reduzierter Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer:innen.

Mehr Kfz- und Fahrrad-Parkplätze bei Neubauten schaffen und umsetzen

Dadurch werden öffentliche Parkplätze nicht übermäßig belastet. Sichere, überdachte Fahrradstellplätze können das Fahrrad als Fortbewegungsmittel aufwerten.

Fahrradstationen an U- und S-Bahn Stationen einrichten

An zahlreichen großen Bahnhöfen gibt es bisher nicht einmal offizielle Stellplätze, um ein Fahrrad sicher abzustellen. Um Synergien zwischen ÖPNV und dem Fahrrad zu schaffen, wollen wir Fahrradstationen an wichtigen U- und S-Bahn-Stationen errichten. Diese sollen überdacht, bewacht und bestenfalls als Parkhaus konzipiert werden. Diese sollen außerdem mit Luft- und Reparaturstationen sowie Ladestationen für E-Bikes ausgestattet sein. Somit soll nach und nach dem wilden Abstellen sowie dem vermehrten Aufkommen von „Fahrradleichen“ entgegengewirkt werden. Auch wirken wir so den in Berlin extrem hohen Fällen an Fahrraddiebstahl entgegen. Radfahrer:innen müssen Sicherheit haben, dass ihr Rad noch dort steht, wo sie es abgestellt haben.

Mobilität und ÖPNV

Damit im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot erreicht werden kann, bedarf es einer berlinweiten, vorausschauenden Planung für den Ausbau. Dabei geht es nicht nur um neue Linien, sondern auch um die Verbesserung des bestehenden Angebots.

Die FDP will einen ideologiefreien, sachgerechten Ausbau des Netzes. Die Verkehrspolitik muss weg von der einseitigen Befürwortung einzelner Verkehrsmittel. Die Verteufelung des U-Bahn- Ausbaus wegen der hohen Kosten ist genauso wenig zielführend wie die Tram/ Straßenbahn als Heilsbringer für alle Verkehrsprobleme zu betrachten. Jedes Verkehrsmittel hat seinen Zweck. Wichtig ist, das bestehende Netz integriert zu erweitern, um aus dem Zusammenspiel aller Verkehrsmittel den besten Nutzen zu erreichen. Dazu gehört der Ausbau aller Verkehrsträger S- Bahn, U-Bahn, Tram, Bus, Sammeltaxis und auch Wassertaxis.

Stadt und Bezirkspolitik müssen dafür Sorge tragen, dass die Bürger:innen alle ihnen zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel uneingeschränkt nutzen können und die dafür notwendigen verkehrstechnischen Infrastruktursysteme ausbauen und fördern. Es gilt das bestehende Verkehrsnetz zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten. Verkehrszuwächse lassen sich nicht per Befehl an die Bürger:innen auf den ÖPNV leiten, sondern durch Anreize und ein überzeugendes Angebot.

Verbesserte Situation an Umsteigepunkten durch Ausbau von Park&Ride-Angeboten

Wir wollen Park & Ride-Flächen an S-Bahn und U-Bahn-Knotenpunkten im und außerhalb des Bezirks überall, wo es möglich ist. Park&Ride steht dabei eben nicht nur für Parkflächen für Autos, deren Nutzer:innen ihren Weg mit dem ÖPNV fortsetzen, sondern auch für umfassende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Wir wollen, dass an jedem U- und S-Bahnhof, aber auch an wichtigen Tramhaltestellen im Bezirk sichere und ausreichende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden - wo dies möglich ist, in Form von

bewachten Fahrradparkhäusern. Verlängerung der U1 zum Frankfurter Tor und darüber hinaus

Verlängerung der U1 zum Frankfurter Tor und darüber hinaus

Wir setzen uns für eine Verlängerung der U1 bis zum U-Bahnhof Frankfurter Tor entlang der im Flächennutzungsplan dafür vorgesehenen Trasse ein. Hierdurch wird ein wichtiger Umsteigepunkt zur U5 geschaffen und damit die Anbindung des Bezirks an die Stadtmitte sowie nach Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf entschieden verbessert.

Langfristig sollte die U1 bis zum Bf. Landsberger Allee geführt werden mit Weiterbaumöglichkeiten bei weiterem Wachstum der Stadt. Eine Verlängerung zum Ostkreuz, ist dann überflüssig. Im Zuge der Verlängerung zum Frankfurter Tor sollte eine neue U1 Station direkt über dem S-Bf Warschauer Str. errichtet werden für einen bequemen Umstieg zur S-Bahn in Ost-West-Richtung. Durch die Verlegung des U-Bahnhofs entstünde die Möglichkeit, direkt an der Kreuzung Oberbaumbrücke/Stralauer Allee einen zusätzlichen Haltepunkt zu errichten.

Nur die U-Bahn kann den Anforderungen einer verdichteten Metropole an Fahrgastkapazität, Flächenverbrauch und Geschwindigkeit gerecht werden. Der Ausbau von U-Bahn-Strecken ist zwar vergleichsweise kostspielig, aber er ist es Wert: ein dichtes U-Bahnnetz verbessert die Lebensqualität der Anwohner:innen spürbar – und kein anderes öffentliches Verkehrsmittel wird von den Fahrgästen stärker angenommen und motiviert so nachhaltig zum Umstieg auf den ÖPNV.

Tram tatsächlich bauen

Eine Erweiterung des Tramnetzes über die Oberbaumbrücke soll nicht mit den üblichen Berliner Planungszeiten Jahrzehnte dauern. Die lang geplante Verlängerung zum Hermannplatz sollte bald realisiert werden, mit späterer Verlängerung entlang des Columbiadamms. Die rot-rot-grüne Landesregierung gibt zwar vor, den Tramausbau fördern zu wollen, aber es geschieht nichts. Die direkte Anbindung des Ostkreuzes mit der Trasse der Linie 21 über Ostkreuz und Sonntagstraße bietet die Möglichkeit, einen Linienast der M10 zum Ostkreuz zu führen. Eine weitere an der Oberbaumbrücke abzweigende Strecke kann zum Ostbahnhof geführt werden und diesen und das umgebende Viertel besser anbinden.

Langfristig direkte S-Bahn-Strecke Potsdamer Platz – Moritzplatz – Görlitzer Bf. - Elsenstr.

- Plänterwald

Alte historische U- und S-Bahn-Planungen sollten nicht außer Acht gelassen werden, weil sie von heute kaum noch vorhandener Weitsicht zeugen. Das S-Bahn-Netz würde enorm aufgewertet werden, wenn die teilungsbedingt vor dem Treptower Park abknickende S-Bahnstrecke aus Richtung Schöneweide mit einer Linie über den Görlitzer Bf. und Moritzplatz zum Potsdamer Platz geführt würde. Wir fordern eine Machbarkeitsstudie für diese Strecke, die zwischen Potsdamer Platz und der Grenze zu Treptow-Köpenick in Tunnellage geführt werden könnte.

Wasser-Taxi zwischen Nalepastraßen-Gelände und Jannowitzbrücke

Eine Verkehrstrasse ist vorhanden, ohne dass man sie bauen müsste: Die Spree! Als zusätzliches Angebot zur Entlastung vorhandener Verkehrsmittel sollte eine Wasser-TaxiLinie zwischen Oberschöneweide und Jannowitzbrücke eingerichtet werden. Das Beispiel Potsdam zeigt, dass ein derartiges Angebot angenommen wird und funktioniert!

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Der motorisierte Individualverkehr ist das Stiefkind der gegenwärtigen Verkehrspolitik von Bezirk und Senat. Die ideologische Spaltung in für und gegen das Auto blockiert eine zukunftsorientierte Mobilitätspolitik in unserem Bezirk.

Wir Freien Demokraten wollen kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander der Verkehrspolitik. Dazu gehört es anzuerkennen, dass wesentliche Teile unserer Bevölkerung zum Beispiel zur Ausübung Ihres Berufes auf ein Auto angewiesen sind. Gleichzeitig müssen wir uns aktiv mit den negativen Begleiterscheinungen des Automobils beschäftigen. Dies ist zum einen der sehr hohe Flächenverbrauch und zum anderen sind dies die lokalen Emissionen (Lärm, Abgase etc.).

Wir setzen uns daher dafür ein, mit einer zielorientierten Verkehrspolitik den Schwächen des MIV zu begegnen und das Auto als gleichberechtigten Teil eines effizienten Mobilitätsmix für unseren Bezirk zu gestalten.

Parkraumknappheit entgegentreten durch eine faire und effiziente Parkraumbewirtschaftung

Parkraumknappheit kostet Zeit, Nerven und führt durch erhöhten Parkplatzsuchverkehr zu stärkeren Feinstaub-, Lärm- und CO2-Emissionen. Um die vorhandenen Parkplätze fairer und effizienter zu nutzen und gleichzeitig das Angebot an Parkraum zu erhöhen, ohne das Auto noch prägender im Stadtbild zum Vorschein treten zu lassen, fordern wir ein Parkraumbewirtschaftungskonzept mit folgenden Bestandteilen:

In Gebieten mit Parkraumknappheit fordern wir eine Parkraumbewirtschaftung mit dynamischen, nachfrageabhängig gebildeten Preisen, die sich näher an den Opportunitätskosten des tatsächlichen Flächenverbrauchs orientieren sollen als bisher. Nur so wird gewährleistet, dass die Kosten des motorisierten Individualverkehrs nicht auf die Gesellschaft übergewälzt werden. Die Parkplatzsuche und -bezahlung soll durch weitere digitaleAngebote erleichtert werden; durch Smart-City-Infrastruktur kann auf Nutzerwunsch auch eine automatisierte Abrechnung ermöglicht werden. Die Änderungen an der Bepreisung sollen auch und gerade für das Anwohnerparken greifen. Selten oder nie genutzte Fahrzeuge werden so in Gebiete mit weniger Parkraumknappheit verlagert. Zudem wird nur so gewährleistet, dass die Kosten für privat geschaffene neue Parkmöglichkeiten insbesondere Tiefgaragen - zu Parkplätzen im öffentlichen Straßengebiet wettbewerbsfähig werden. Den Bau von Tiefgaragen begrüßen wir und wollen Genehmigungen erleichtern, denn nur durch sie wird die Parkraumknappheit verringert, ohne in das Stadtbild einzugreifen. Eine künstliche Verknappung von Parkplätzen lehnen wir hingegen ab.

Carsharing zur Steigerung der Flächeneffizienz

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass in allen Ortsteilen Friedrichshain-Kreuzbergs jede:r Bürger:in in höchstens 500 Meter Laufweite ein oder mehrere dezidierte Carsharing- Parkplätze erreichen kann. Gleichzeitig sollen die stationären Carsharing-Angebote weiterhin von Parkgebühren ausgenommen sein, um die kommerzielle Tragfähigkeit ihres Geschäftsmodells zu unterstützen. Mit stationärem Carsharing fördern wir ein zweites Instrument zur Steigerung der Flächeneffizienz des MIV. Damit können insbesondere Haushalte, die ihr Auto nur wenige Tage im Monat benötigen, auf dieses verzichten, und haben gleichzeitig andere Alternativen zur Verfügung.

Reduktion der lokalen Emissionen

Wir wollen bis 2030 eine Komplettausrüstung des öffentlichen Parkraums mit Ladeinfrastruktur, da viele Autobesitzer:innen in Friedrichshain-Kreuzberg keinen eigenen Parkplatz besitzen. Es wird Aufgabe der öffentlichen Hand sein, öffentliche Ladeinfrastruktur bereitzustellen. Dazu ist das Bezirksgebiet Friedrichshain-Kreuzberg in Konzessionsgebiete aufzuteilen, um die sich dann private und/oder öffentliche Ladestationsbetreiber:innen für einen festen Zeitraum von zum Beispiel 10-15 Jahren (Lebensdauer einer öffentlichen Ladestation) bewerben können. Wir gehen perspektivisch davon aus, dass hieraus Konzessionsabgaben für den Bezirks als eine neue Einnahmequelle erwachsen. Um die E-Mobilität zu fördern, sollten die bereits ausgerüsteten Parkplätze exklusiv für E -Fahrzeuge reserviert sein.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Entgeltabrechnung für das Parken und das Laden integriert erfolgt. So tragen wir der Entwicklung Rechnung, dass die Transformation des Automobils hin zum elektrischen Antrieb begonnen hat und nicht mehr aufzuhalten ist. Ob sich hierbei BEV, FCEV oder andere Energieintermediäre durchsetzen ist aktuell noch nicht final abzusehen. Es zeichnet sich aber ab, dass im Bereich der leichten PKW der batterieelektrische Antrieb der wettbewerbsfähigste Antrieb ist. Mit dem elektrischen Antrieb gehen mit Ausnahme der Lärmemissionen alle anderen lokalen Emissionen auf null zurück. Die lokalen Lärmemissionen werden aber auch wesentlich reduziert, es verbleiben lediglich die Rollgeräusche.

Sozialpolitik - Politik der Chancen statt Krisenpolitik

Eine belastbare, weitsichtige und nachhaltige Sozialpolitik muss Bevölkerungszuwachs und Demografie im Blick haben, frühzeitig ausreichend Wohnraum ermöglichen und die Integration der finanziell Schwachen vorantreiben, um Brennpunkte schon im Vorhinein zu vermeiden.

Kompetente Partner:innen gewinnen, Dienstleistungen auslagern

Der Bezirk muss nicht alles selbst machen. So ist beispielsweise bei der Mieterberatung die sinnvolle Lösung nicht das eigene Anbieten der Beratung, sondern Beratungsgutscheine, mit denen Mieter:innen eine professionelle Rechtsberatung in Anspruch nehmen können. Nur so ist eine gute, fundierte, unabhängige und kosteneffiziente Beratung gewährleistet.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir setzen uns für eine Förderung des Ehrenamts und einen Ausbau der vorhandenen Strukturen ein. Ehrenamt ist eine wertvolle, nicht zu unterschätzende Bereicherung in allen sozialen Bereichen. Das Ehrenamt leistet einen großen Beitrag zur Lebensqualität in unserem Bezirk. Es sorgt dafür, dass wir unsere Nachbar:innen kennenlernen, leistet konkrete Hilfestellungen im Alltag, baut Vorurteile ab und wirkt integrativ. Durch bürokratische Hürden und fehlende Hilfestellungen darf soziales Engagement nicht verhindert werden.

Ein zielgerichteter Umgang mit Obdachlosigkeit

Der Umgang mit der offenen Obdachlosenszene in Berlin ist von einem Spannungsfeld geprägt: Auf der einen Seite gibt es bedürftige Menschen, die fast nichts mehr haben und die sich am Rand der Gesellschaft befinden. Mitmenschlichkeit gebietet es, das Leben dieser

Menschen nicht unnötig zu erschweren und sie so weit wie möglich zu unterstützen. Auf der anderen Seite sorgen einzelne obdachlose Dauerstörer:innen und die Bildung ganzer Übernachtungslager – aus denen heraus nicht selten zahlreiche Ordnungswidrigkeiten und sogar Straftaten verübt werden – für eine Belastung des friedlichen Miteinanders.

Für uns Freie Demokraten gelten daher zwei Grundsätze. Zum einen besitzen obdachlose Menschen wie jedermann Rechte und Freiheiten, die nicht eingeschränkt werden dürfen. Wir dulden keine Übergriffe gegenüber hilfsbedürftigen Menschen. Derartige Angriffe müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft, ernsthaft verfolgt und hart geahndet werden. Zum anderen sind der Rechtsstaat und die öffentliche Ordnung zugleich auch konsequent gegenüber obdachlosen Personen durchzusetzen. Politische Gleichgültigkeit gegenüber der Verwahrlosung einzelner Brennpunkte in Berlin und gegenüber chronischen Störer:innen des friedlichen Miteinanders halten wir für den falschen Weg.

Friedliches Miteinander – ein attraktiver öffentlicher Raum für alle

Ausgehend von Menschenwürde, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Recht auf Sicherheit und Unversehrtheit gehen wir die zunehmende Wohnungs- und Obdachlosigkeit ganzheitlich von verschiedenen Seiten an. Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamtsituation auf dem Berliner Wohnungsmarkt sind dabei genauso von Bedeutung wie ein effektiveres Hilfesystem, eine funktionierende, bürgerorientierte Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten sowie Nachbesserungen bei der Gesundheitsversorgung. Ein besonderes Augenmerk muss aus unserer Sicht auf dem Bereich der Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit liegen. Dem Erhalt der Attraktivität des öffentlichen Raums und der öffentlichen Sicherheit für alle Bürger:innen räumen wir eine hohe Priorität ein.

Camps nicht dulden

Übernachtungslager in Parks oder anderen öffentlichen Anlagen sind, wenn von ihnen Störungen und Gefahren ausgehen, konsequent durch das Ordnungsamt zu räumen. Dabei sollen jedoch mögliche Übernachtungsangebote zur Verfügung gestellt sowie den Bewohner:innen Zeit zur Räumung gewährt werden.

Anzahl öffentlicher Toiletten erhöhen

Es muss die Anzahl öffentlicher Toiletten erhöht werden, damit auch wohnungs- und obdachlose Menschen ihre Notdurft nicht im Freien verrichten müssen. Das ist ein Gebot der persönlichen Würde. Das Toilettenkonzept Berlins muss die Bedürfnisse von Wohnungslosen beachten und Toiletten so gestalten, dass auch Körperpflege verrichtet werden kann. Außerdem soll sich der Bezirk am Programm "Nette Toilette" beteiligen, bei dem Gastronom:innen ihre bereits vorhandene Toilette der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und dafür eine Entschädigung vom Bezirk erhalten.

Trägerwohnraum schaffen und schützen

Trägerwohnungen werden von sozialen Trägern angemietet und von diesen ohne Gewinnerzielungsabsicht an anspruchsberechtigte Personen untervermietet. Für wohnungslose Menschen sind diese angesichts des angespannten Wohnungsmarktes derzeit oft der einzig realistische Zugang zu Wohnraum. Das Angebot an sogenannten Trägerwohnungen – allen voran durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften – muss im Bezirk signifikant erhöht werden. Neben der Schaffung zusätzlichen Trägerwohnraums sind auch Reformen in Bezug auf dessen Nutzung dringend notwendig. So dürfen Trägerwohnungen nicht länger unter das Gewerbemietrecht fallen. Wir wollen stattdessen für von sozialen Trägern ohne Gewinnerzielungsabsicht vermieteten Wohnraum das Mietrecht für Wohnungen anwenden, das den Bewohner:innen eine höhere soziale Sicherheit bietet.

Zudem dürfen Trägerwohnungen nicht länger als Zweckentfremdung von Wohnraum definiert werden.

Offenheit für innovative Wohnmodelle

Die Akzeptanz innovativer bzw. alternativer Wohnkonzepte kann einen wichtigen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot leisten. Wohnmöglichkeiten, die platzsparend sind und zugleich eine ganz individuelle Art des Wohnens ermöglichen, begrüßen wir ausdrücklich.

Sogenannte Tiny Houses können auch in bereits dicht besiedelten Gebieten die Möglichkeit bieten, bezahlbaren Wohnraum in attraktiven Wohnlagen zu schaffen. Tiny Houses sind ökologisch nachhaltig und bedienen gleichzeitig den Unabhängigkeitsdrang von Individuen.

Sie lassen sich schnell errichten und bei Bedarf auch an andere Standorte verlegen.

Zentrale Fachstellen als One-Stop-Shops

Wir Freie Demokraten fordern eine berlinweite Strategie mit einheitlichen Standards bei der Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Als wesentliches Element dieser Strategie fordern wir die Errichtung einer zentralen Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Diese Fachstellen fungieren als „One-Stop-Shops“ der Wohnungslosenhilfe. Sie sollen als zentrale Anlaufstelle für Hilfesuchende alle relevanten Leistungen unter einem Dach bündeln (u. a. die Mieter- und Schuldnerberatung) und Teilkompetenzen aus dem ordnungsrechtlichen, sozialrechtlichen und dem wohnungsmarktlichen Bereich systematisch zusammenführen.

Zentraler Angebotskatalog für den Bezirk

Friedrichshain-Kreuzberg hat ein gut ausgebautes Netz an sozialen Einrichtungen und ein breites Angebot für Wohnungs- und Obdachlose. Um die Arbeit von Behörden, Trägern und Helfenden zu vereinfachen und um den Berliner:innen die Möglichkeit zu geben, auch privat zu helfen, fordern wir eine Katalogisierung aller Angebote für Wohnungs- und Obdachlose. Der Katalog soll zentral, einfach und schnell zugänglich sein und so sortiert werden, dass schnell das passende Angebot herausgefunden werden kann.

Sozialarbeit stärken

Der Bedarf an Sozialarbeit für Menschen in der Obdachlosigkeit und für von Wohnungsverlust Bedrohte erfordert die Zusammenarbeit vieler Akteure. Die zentrale Koordinierungsstelle Wohnungslosigkeit erhält dabei eine entscheidende Aufgabe, sie arbeitet über die Bezirksgrenzen hinweg und verknüpft somit die bezirkliche Sozialarbeit. Die Arbeit der Streetworker:innen muss intensiviert werden, denn die Menschen auf der Straße brauchen einen leichten Zugang zu Hilfe. Drop-in-Angebote und begleitende Sozialarbeit müssen ausgebaut werden. Die Schulen, Jugendfreizeitstätten und Jugendämter müssen enger und rascher zusammenarbeiten.

Fremdsprachenkundige Sozialarbeiter:innen und Streetworker:innen

Ein besonderes Augenmerk ist in der Obdachlosenhilfe dauerhaft auf den Einsatz fremdsprachenkundiger Sozialarbeiter:innen und Streetworker:innen zu legen, idealerweise Bürger:innen der bei Obdachlosen häufigen Herkunftsstaaten wie Polen, Bulgarien und Rumänien. Damit kann sowohl eine Verbesserung der Umstände der Obdachlosen aus diesen Ländern erreicht werden als auch eine zielgenauere Unterstützung bei der Rückkehr und Wiedereingliederung in die Gesellschaft im Herkunftsland. Kooperationen zum Einsatz fremdsprachenkundiger Sozialarbeiter:innen mit den Botschaften der betreffenden Länder sind auszubauen bzw. zu verstetigen.

Gesundheit

Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen

Wir Freie Demokraten fordern den Ausbau digitaler Gesundheitsleistungen. Arztbesuche müssen bei einer eindeutigen Symptomatik und auf Wunsch der Patient:innen künftig auch ohne Mehrkosten digital möglich sein. Bei Bedarf kann der:die Ärzt:in ergänzend zur Videosprechstunde einen Präsenztermin vereinbaren. Für Familien mit Kindern ist der Arztbesuch bei Kindern mit unbedenklichen Symptomen häufig trotz eindeutiger Diagnose mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden. Durch Videosprechstunden wollen wir nicht nur den Bürger:innen helfen, sondern auch die Wartezimmer und Arztpraxen entlasten.

Das Wartezimmer hat ausgedient

Wir Freie Demokraten fordern den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dazu auf, ein Pilotprojekt zur Digitalisierung von Wartezimmern zu fördern. Mit einem Ticketing System sollen dabei Patient:innen informiert werden, falls ihr Arzttermin mehr als 15 Minuten verspätet beginnt. Wartezeiten von über einer Stunde dürfen nicht mehr vorkommen. Infektionskrankheiten wie die alljährliche Erkältung treiben Patient:innen in die Wartezimmer der Arztpraxen. Oftmals sind hier nicht nur die betreffenden Patient:innen, sondern auch die Mitwartenden einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt.

Digitalisierte Gesundheitsbehörden in epidemiologischen Notlagen

Wir Freie Demokraten fordern die Digitalisierung der Gesundheitsbehörden, beginnend bei der Fähigkeit für Remote Work für Mitarbeiter:innen bis hin zur Digitalisierung und Zentralisierung der Kontaktnachverfolgung. Interne Abläufe müssen digitalisiert werden, wobei die Datensicherheit bewahrt werden muss. Infektionskrankheiten machen auch vor Gesundheitsämtern nicht halt. In epidemiologischen Notlagen muss umgehend die Möglichkeit für Mitarbeiter:innen bestehen, ihre systemrelevante Arbeit von Zuhause aus zu verrichten. Die Kontaktnachverfolgung muss dabei durch eine bessere digitale Vernetzung und Koordinierung der Behörden vereinfacht werden.

Reaktionsfähigkeit auf Infektionskrankheiten stärken

Wir Freie Demokraten fordern eine jährliche Auswertung des Reaktionsvermögens der Gesundheitsämter auf epidemiologische Notlagen. Dabei müssen Kapazitäten zur Kontaktnachverfolgung im Vordergrund stehen. Zusätzlich soll ein Ampelsystem für Infektionskrankheiten im Bezirk unkompliziert Handlungsempfehlungen vermitteln. Definierte Voraussetzungen gekoppelt an Handlungsempfehlungen der Gesundheitsbehörden können die Reaktionsfähigkeit auf gesundheitliche Ausnahmesituationen beschleunigen. Starke Grippewellen könnten so zum Beispiel automatisch mit einer Empfehlung zur Maskenpflicht in Arztpraxen einhergehen.

Modellprojekt Einsamkeit

Wir Freie Demokraten fordern in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg ein Modellprojekt zur Einsamkeit im Alter. Dazu gehört, gezielt die Medienkompetenz von Senior:innen zu stärken und ihnen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, sich eigenständig in der digitalen Welt zu bewegen und zu vernetzen. Zudem sollen Nachbarschaftsinitiativen mit dem Ziel Senior:innen zu unterstützen finanziell gefördert werden. Die Corona-Pandemie hat uns einerseits aufgezeigt, wie weit verbreitet Einsamkeit im Alter ist und andererseits verdeutlicht, wie viel unausgeschöpftes Potenzial in einer sich gegenseitig helfenden Nachbarschaft steckt. Wir möchten nicht, dass die aus der Notlage entstandenen Initiativen langsam abklingen, sondern

ihr Anliegen weiter fördern. In einer vielfältigen Stadt wie Berlin sollte jede:r Freund:innen finden.

Häusliche Gewalt bekämpfen

Sorgen bereiten uns die rasant gestiegenen Vorfälle häuslicher Gewalt während der Pandemie. Um Frauen und Männer und ihre Kinder besser schützen zu können, fordern wir den Ausbau von Schutzplätzen, sowie auch hier übergangsweise die Unterbringung von Betroffenen in Hotels. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg braucht es eine Personaloffensive im Jugendamt, um den Anforderungen des Kinderschutzes gerecht zu werden. Die Gewaltschutzambulanz in Moabit unterstützen wir.

Mehr (echte) Wertschätzung für das Ehrenamt

Wir wollen das Ehrenamt stärken. Fast jeder zehnte Mensch in Deutschland engagiert sich ehrenamtlich in einem Sportverein, ohne diese enorme Leistung wäre der Breitensport in der heutigen Form nicht möglich. Daher wollen wir das Ehrenamt attraktiver machen. Bei einem jährlichen Engagement von mehr als 200 Stunden pro Jahr wollen wir weiterhin eine Ehrenamtskarte vergeben, allerdings wollen wir erneut die Möglichkeit einer Kooperation mit der BVG prüfen und das Angebot der Karte erweitern.

Leuchttürme sichtbar machen

Wir wollen Preise für den und die „Bezirkssportler:in des Jahres“ vergeben, die medienwirksam an herausragende Persönlichkeiten vergeben werden. Belohnt werden können hier besondere Einzelleistungen, aber auch Lebenswerke von langjährigen Aktiven. Um das integrative Potential des Breitensportes voll zu nutzen, wollen wir das Angebot und die Attraktivität des Sportes gezielt verbessern und besondere Leistungen sichtbar machen.

Im Bezirk stehen viele Leuchttürme, diese gilt er herauszustellen.

Alle Forderungen in der Übersicht

Ein lebenswerter öffentlicher Raum für ein friedliches Miteinander 1
Konsequente Ahndung 1
Höhere Reinigungsfrequenz 2
Fokus auf Spielplätze und Kitas 2
Eine Nachtwache für Friedrichshain-Kreuzberg! 2
24/7: Ordnungsamt ohne Öffnungszeiten! 2
Dezentrale Ordnungsamtbüros: Offen und serviceorientiert 2
Mehr Power im Ordnungsamt 2
Das ist auch Kunst – für legale Graffiti-Wände 3
Mülleimer: größer, intelligenter, vernetzter I 3
Mülleimer: größer, intelligenter, vernetzter II 3
Müll-Roboter für Friedrichshain-Kreuzberger Parks 3
Sperrmüllpartys für Nachhaltigkeit 3
Recycling alltagstauglicher machen 3
Befriedung konfliktbehafteter Gebiete: Gegen Kriminalität, Extremismus und Drogenhandel 4
Gewalt- und Straftäter:innen zur Rechenschaft ziehen 4
Mehr Polizeipräsenz gegen Angsträume 4
Keine Toleranz von Linksextremismus 4
Prävention als langfristige Strategie 4
Opferschutz nicht vergessen! 4
Ein Platz für alle 5
Bessere Beleuchtung an Hotspots im Bezirk 5
Einsatz von mobilen Fixerstuben 5
Legalisierung von Marihuana 5

Betreuungsschlüssel verbessern 6
Online-Vergabe-System für Kitaplätze schaffen - Bürokratie digitalisieren 6
Freiheit, die Schule macht! 6
Willkommensklassen einführen - Mitbürger:innen integrieren 6
Investitionsstau auflösen - mehr Kompetenzen für Schulleiter:innen 6
Klare Zuständigkeiten in der Bildung festlegen 7
Freie Schulwahl 7
Sauberkeit in den Schulen sicherstellen 7
Bündnis für beste Bildung - Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure 7
Nachbarschaftsprojekte stärken - für mehr Zusammenhalt 7
Engagement der Eltern nutzen 8
Partner:innen gewinnen 8
Kopf sucht Dach - bezahlbaren Wohnraum schaffen! 8
Auszubildende fördern - und gleich behandeln 8
1.000 Euro pro Kind für eine digitale Infrastruktur 8
Lehrkräfte digital weiterbilden 9
E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte 9
Eine IT-Hausmeister:in für jede Schule 9
Weniger Bürokratie – mehr Zeit, etwas aufzubauen 10
Entlastung und bessere Ausstattung des Bezirksamts 10
Ein zentraler Ansprechpartner für alle Verwaltungsangelegenheiten 10
Friedrichshain-Kreuzberg schläft nicht: Schluss mit dem Ladenschluss 11
Bauen wir uns bezahlbare Gewerbemieten! 11
Unverhältnismäßig kurze Befristungen in Gewerbemietverträgen nicht sachgrundlos zulassen 11
Freiheitszonen für Gastronomie und Nachtleben 11
Baugenehmigungen auch für Clubs 12

„Schanigärten“ für lebendigere Kieze mit mehr Raum für die Gastronomie 12
Vielfalt bei Unterbringungsangeboten ermöglichen 12
Friedrichshain-Kreuzberg braucht attraktive Sehenswürdigkeiten 12
Nachhaltiges Wachstum mit einem Kompetenzcluster für Green Economy 13
Optimierte Rahmenbedingungen für ökologisch verantwortungsvollesWirtschaften 13
Kreislaufwirtschaft und Urban Mining 13
Urban Farming und Urban Gardening 13
Prioritäten setzen: Geld dort ausgeben, wo es einen echten Mehrwert bringt 14
Prioritäten setzen: Geld dort ausgeben, wo es einen echten Mehrwert bringt 14
Kein Geld für Klientelpolitik und teure Experimente 14
Vergabe von Gutachten muss kritisch hinterfragt werden 14
Bürokratieabbau senkt öffentliche Ausgaben 14
Risiken für den Bezirkshaushalt sofort reduzieren: Nicht mehr vomVorkaufsrecht Gebrauch machen! 14
Haushaltsrisiken auch im Kleinen vermeiden 15
Stärkere Kontrolle durch die Bezirksverordneten ermöglichen 15
Gewerbesteuereinnahmen für den Bezirk 15
Zugang zur kommunalen Verwaltung erleichtern 15
Eine Verwaltung für alle 15
Behörde ohne Bürokratie 16
Eine sichere digitale Verwaltung 16
Ausstattung der Verwaltung modernisieren 16
Bibliothek im digitalen Zeitalter 17
Bibliotheken als Brücke zwischen digitaler und analoger Welt stärken 17
Flexible Nutzung städtischer Gebäude 17
(Digitale) Beteiligung von Bürger:innen für eine Smart City 17
Experimentierraum für LoRaWan-Netzwerke 18

Digitales Blaulicht in Friedrichshain-Kreuzberg einführen 18
Daten für einen besseren und sicheren Verkehr für alle Teilnehmenden 18
Freies WLAN als Grundlage für Beteiligung 18
Handlungsprogramm WOHNEN 19
Eine Living Bridge für mehr attraktiven öffentlichen Raum 19
Forcierung von Neu- und Ausbau 20
Flächenmanagement: Nachverdichtung und Dachgeschossausbau 20
Ökologische Erneuerung und Anpassung von Gebäuden an den Klimawandel. 18
Soziale Mischung erhalten - soziale Bindung gewährleisten 20
Reservierungsquote für einkommensschwache Bürger:innen 20
Mietkauf fördern 20
Smarte Technologien für den Erhalt der sozialen Mischung 21
Machbarkeit „Soziale Mischung: Possible!“ 21
Bauamt statt Bau-Verhinderungsamt 21
Verlässliche Bebauungsvorgaben für ein kürzeres Antragsverfahren 21
Bauvorhaben beschleunigen 22
Höhere Planungssicherheit schafft Vertrauen und verhindert Stillstand 22
Milieuschutz und Sanierungsverbote abschaffen 22
Denkmalschutz, der Schützenswertes schützt und Neues zulässt 22
Barrierefreiheit weiter denken 23
Klarer Platz für Leihräder und E-Roller 23
Gegenseitige Rücksicht als Grundlage der Freiheit im Straßenverkehr 23
Mehr Fahrradstraßen ausweisen 24
Protected Bike Lanes nachhaltig gestalten: Naturvielfalt stattBaustellencharakter 24
Pop-up Radwege dürfen kein Provisorium bleiben 24
Umbau des Hermannplatzes nutzen 24

Wiederaufbau der Brommybrücke als Rad- und Fußgängerbrücke 24

Dem Radverkehr eine sichere, attraktive und der wachsenden Nachfrage entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen 25

Die wirtschaftlichste Alternative für die Ausweisung von sicherenFahrbereichen 25

Grüner Pfeil für Radverkehr 25

Verkehrssicherheit erhöhen – Kontrollen ausweiten 25

Konfliktzone Bushaltestelle entschärfen 25

Zentrale Parkplätze und aufeinander abgestimmte Strecken für Autos undFahrräder 26

Mehr Kfz- und Fahrrad-Parkplätze bei Neubauten schaffen und umsetzen 26

Fahrradstationen an U- und S-Bahn Stationen einrichten 26

Verbesserte Situation an Umsteigepunkten durch Ausbau von Park&Ride-Angeboten 26

Verlängerung der U1 zum Frankfurter Tor und darüber hinaus 27

Tram tatsächlich bauen 27

Langfristig direkte S-Bahn-Strecke Potsdamer Platz – Moritzplatz – Görlitzer Bf. - Elsenstr. - Plänterwald 27

Wasser-Taxi zwischen Nalepastraßen-Gelände und Jannowitzbrücke 27

Motorisierter Individualverkehr (MIV) 28

Parkraumknappheit entgegentreten durch eine faire und effiziente Parkraumbewirtschaftung 28

Carsharing zur Steigerung der Flächeneffizienz 28

Reduktion der lokalen Emissionen 29

Kompetente Partner:innen gewinnen, Dienstleistungen auslagern 29

Ehrenamtliches Engagement fördern 29

Ein zielgerichteter Umgang mit Obdachlosigkeit 29

Friedliches Miteinander – ein attraktiver öffentlicher Raum für alle 30

Camps nicht dulden 30
Anzahl öffentlicher Toiletten erhöhen 30
Trägerwohnraum schaffen und schützen 30
Offenheit für innovative Wohnmodelle 31
Zentrale Fachstellen als One-Stop-Shops 31
Zentraler Angebotskatalog für den Bezirk 31
Sozialarbeit stärken 31
Fremdsprachenkundige Sozialarbeiter:innen und Streetworker:innen 31
Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen 32
Das Wartezimmer hat ausgedient 32
Digitalisierte Gesundheitsbehörden in epidemiologischen Notlagen 32
Reaktionsfähigkeit auf Infektionskrankheiten stärken 32
Modellprojekt Einsamkeit 32
Häusliche Gewalt bekämpfen 33
Mehr (echte) Wertschätzung für das Ehrenamt 33
Leuchttürme sichtbar machen 33